

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Frank Hinte

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd Dokumentation: Peter Bosse-Brekenfeld (verantw.)

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 22,30 Euro, jährlich 267,60 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt des Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: aboservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 25. März 2008

www.epd.de

Nr. 14

Friedensarbeit

Vorrang für Gewaltfreiheit – Kirche als Akteur für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung

Referate einer Konsultation der Evangelische Akademie zu Berlin und
der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) am
23. November 2007.

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Direktor:
Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Frank Hinte
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur
Peter Bosse-Brekenfeld
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.

Druck: druckhaus köthen

■ Vorrang für Gewaltfreiheit

Die evangelische Kirche setzt sich für den Vorrang gewaltfreier Mittel zur Prävention und akuten Konfliktbearbeitung in Krisengebieten ein. Im öffentlichen Bewusstsein und in der politischen Praxis wird jedoch zunehmend auf militärische »Lösungen« gesetzt. Kirchliche Akteure waren während einer Konsultation zum Thema »Vorrang für Gewaltfreiheit - Kirche als Akteur für Kri-

senprävention und Konfliktbearbeitung« zum Austausch darüber eingeladen, was im Bereich der Kirche an konkreter Arbeit in ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung bereits geschieht, wie diese weiterentwickelt werden und stärker zur Geltung kommen kann und welche Erwartungen an die Politik bestehen.

Im Rahmen eines Projektes der »Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden« wird ein Grundlagenpapier erarbeitet. Der Entwurf

dieses Papiers wurde bei der Konsultation in der Evangelischen Akademie zu Berlin am 23. November 2007 zur Diskussion gestellt. Der fertiggestellte Text soll Grundlage weiterer Gespräche mit der Politik sowie mit ökumenischen Partnern sein. Dieser Prozess nimmt die Forderung der Friedensdenkschrift der EKD »Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen«, die zivile Konfliktbearbeitung auszubauen, auf.
(*Siehe Einführung, Seite 4*)

Quellen:

Vorrang für Gewaltfreiheit – Kirche als Akteur für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung

Referate einer Konsultation am 23. November 2007 der Evangelische Akademie zu Berlin und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), unterstützt von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), und der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR).
Zusammenstellung der Tagungsdokumentation: Bernd Rieche.
Internet: <http://www.friedensdienst.de/>

Aus dem Inhalt:

»Vorrang für Gewaltfreiheit – Kirche als Akteur für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung« – Konsultation am 23.11.2007 in der Evangelischen Akademie zu Berlin

- ▶ Horst Scheffler:
»Einführung in die Tagungsdokumentation« 4

Vorrang für Gewaltfreiheit – Thesen, Projektziele, Grundlagenpapier

- ▶ Thesenpapier der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
»Kirche als Akteur für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung« 5

- ▶ Jan Gildemeister:
»Ziel des Projekts ‚Vorrangige Option Gewaltfreiheit‘« 8

- ▶ Hagen Berndt:
»Vorstellung des Grundlagenpapiers ‚Vorrangige Option Gewaltfreiheit‘« 9

Kommentar aus kirchlicher Sicht

- ▶ Präses Nikolaus Schneider:
»Kritischer Kommentar aus kirchlicher Sicht zum Papier ‚Vorrang für Gewaltfreiheit‘« 12

Praxis des Vorrangs für Gewaltfreiheit in den kirchlichen Werken und Diensten

- ▶ Ulrike Schmidt-Hesse:
»Die Rolle von Religionen in Konflikten sollte bewusst entfaltet werden« 16

- ▶ Wilfried Steen:
»Keine Alternative zu der vollen Bejahung des Einsatzes von Fachkräften für Entwicklungs- und Friedensarbeit« 19

- ▶ Dr. Gisela Kurth:
»Der interreligiöse Dialog ist unverzichtbar für zivile Konflikttransformation« 21

Anforderungen an kirchliche Arbeit

- ▶ Antje Heider-Rottwilm:
»Herausforderungen an kirchliche Arbeit im Bereich der zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung« 23

Arbeitsgruppenberichte (Auswahl)

- ▶ Ökumenischer Dialog zur zivilen Konflikttransformation mit Partnern im Süden und Osten 32

- ▶ »Erwartungen und Forderungen an die Politik zur Stärkung der zivilen Option« 33

- ▶ »Grenzen von Interventionen« 35

»Vorrang für Gewaltfreiheit« – Einführung in die Tagungsdokumentation

Von Horst Scheffler, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

Konsultation »Vorrang für Gewaltfreiheit Kirche als Akteur für Kirchenprävention und Konfliktbearbeitung«, Evangelische Akademie zu Berlin, 23.11.2007

Gemeinsam mit der Evangelischen Akademie zu Berlin und unterstützt von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) hatte die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) am 23. November 2007 zu einem Studientag »Vorrang für Gewaltfreiheit. Kirche als Akteur für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung« in die Französische Friedrichstadtkirche in Berlin-Mitte eingeladen. Da die evangelische Kirche sich für den Vorrang gewaltfreier Mittel zur Prävention und akuten Konfliktbearbeitung einsetzt, im öffentlichen Bewusstsein und in der politischen Praxis jedoch zunehmend auf den Erfolg militärischer Einsätze gehofft wird, hat die AGDF ein Grundlagenpapier erarbeitet, das als Entwurf auf diesem Studientag vorgestellt und diskutiert worden ist. Jetzt erfolgt die Überarbeitung, um Vorschläge und Kritik als Ergebnisse des Studientages aufzunehmen. Zum 40-jährigen Jubiläum der AGDF am 27. und 28. September 2008 in Berlin soll das Grundlagenpapier als Buch mit dem Titel »Vorrang für Gewaltfreiheit« für die politische und kirchliche Öffentlichkeit präsentiert werden.

In der hier vorgelegten Dokumentation werden nahezu alle Beiträge des Studientages bekannt gemacht. Sie stellen die Zielsetzung des gesamten Projektes vor (Jan Gildemeister, Hagen Berndt), kommentieren aus der Sichtweise eines Leitenden

Geistlichen und Mitgliedes im Rat der EKD (Nikolaus Schneider), berichten über die Praxis des Vorrangs für Gewaltfreiheit in den kirchlichen Werken und Diensten (Wilfried Steen, Shecku Kawasu Mansaray, Cornelia Füllkrug-Weitzel, Ulrike Schmidt-Hesse, Dr. Gisela Kurth) und benennen die »Anforderungen an kirchliche Arbeit im Bereich der zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung« (Antje Heider-Rottwilm). Aus den vier Arbeitsgruppen zur »Kirche als Akteur und Anwalt der Zivilen Konfliktbearbeitung«, zum »Ökumenischer Dialog zur Zivilen Konflikttransformation mit Partnern im Süden und im Osten«, zu den »Erwartungen und Forderungen an die Politik zur Stärkung der zivilen Option« und zu den »Grenzen von Interventionen« werden dokumentiert.

Mit diesem Projekt »Vorrang für Gewaltfreiheit. Kirche als Akteur für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung« folgt die AGDF der Forderung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), wie sie in der im Oktober 2007 veröffentlichten Friedensdenkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« erhoben wurde, die zivile Konfliktbearbeitung auszubauen. Im Rahmen einer Ethik des gerechten Friedens ist die zivile Konfliktbearbeitung eine vorrangige Aufgabe. Die AGDF möchte mit der Dokumentation dieses Studientages vornehmlich in der Politik und in der Kirche leitende und handelnde Persönlichkeiten für die Chancen der zivilen Konfliktbearbeitung heute schon interessieren und gewinnen, bevor dann das als Buch publizierte Grundlagenpapier umfassende Informationen und Perspektiven zur gemeinsamen Weiterarbeit bietet. 

Kirche als Akteur für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung

*Thesenpapier der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
für die Konsultation in der Evangelischen Akademie zu Berlin*

Konsultation »Vorrang für Gewaltfreiheit Kirche als Akteur für Kirchenprävention und Konfliktbearbeitung«, Evangelische Akademie zu Berlin, 23.11.2007

Das im Rahmen des Projektes »Vorrang für Gewaltfreiheit - Ein Plädoyer für zivile, gewaltfreie Konflikttransformation« der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) erarbeitete Grundlagenpapier zeigt, dass Methoden der Konflikttransformation wirksam sind, wenn Krisen bewältigt, Frieden wieder hergestellt und mehr Gerechtigkeit geschaffen werden sollen. Es soll kirchlichen Akteuren erleichtern, im Allgemeinen, aber auch bei aktuell anstehenden konkreten Entscheidungen politische Entscheidungsträger zum Einsatz und zur Förderung von Mitteln gewaltfreier Konflikttransformation zu drängen. Das Papier erinnert an die friedensethischen Debatten der Kirche und Ökumene nach 1945 und beschreibt die Rolle von Kirchen im Kontext gewaltfreier Konflikttransformation. Erfahrungen und Erkenntnisse sowie Herausforderungen für gewaltfreie Konflikttransformation werden dargestellt und Entwicklungsbedarf aufgezeigt.

Die EKD-Friedensdenkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« von 2007 führt das Konzept der »rechtserhaltenden Gewalt« ein und beschreibt dessen Grenzen im Rahmen des Aufbaus einer globalen Friedensordnung als Rechtsordnung. Obwohl die Herausgeber des vorliegenden Papiers die Vision einer Welt, in der Konflikte gewaltfrei gelöst werden, anstreben und daher auch »rechtserhaltender Gewalt« kritisch gegenüber stehen, werden im Rahmen des Projektes nicht die Möglichkeiten und Grenzen von Militäreinsätzen diskutiert. Es soll jedoch gezeigt werden, dass zivile Konfliktbearbeitung die Vision einer Welt ohne Militär realisierbar erscheinen lässt.

Keinerlei Intervention, auch nicht mit Mitteln der gewaltfreien Konflikttransformation stellt sicher, dass Krisen schnell und nachhaltig beendet werden, besonders wenn starke politische Interessen und Strukturen für die Aufrechterhaltung von Gewaltsystemen sorgen. Gewaltfreie Konflikttransformation kann jedoch Prozesse unterstützen, die zur Überwindung von Gewalt, Not und Unfreiheit beitragen sowie die Entwicklungspo-

tenziale nutzen, die in den Konflikten liegen, die diesen Krisen zugrunde liegen.

Die Haltung von Kirchen zu den Themen Krieg und Frieden war in der Geschichte durchaus widersprüchlich. Nach 1945 hat sich jedoch die Auffassung durchgesetzt, die gewaltfreien Mitteln der Konfliktaustragung einen grundsätzlichen Vorrang bei der Durchsetzung politischer Ziele einräumt. Kirchen haben seitdem in ihrem Rahmen und Umfeld Initiativen und Ansätze entwickelt, unterstützt und gefördert, die diese Grundsätze in praktisches Handeln übersetzen.

Der Prozess der Aussöhnung mit den Nachbarstaaten Deutschlands nach dem II. Weltkrieg ist ein im wesentlichen erfolgreiches Beispiel ziviler Konfliktbearbeitung, für das auch kirchliches Engagement einen wesentlichen Beitrag geleistet hat.

Die EKD-Denkschrift von 2007 aktualisiert die Friedensdebatte in den Kirchen und bezieht sie auf heutige Herausforderungen von Krieg und Frieden. Sie stellt fest, dass es »im Sinne nachhaltiger Friedenspolitik ... darauf an[kommt], dass die Gesamtheit der Aktivitäten [der zivilen Konfliktbearbeitung] gefördert und offiziell politisch gestützt wird - einschließlich der Möglichkeit, aus Fehlern für die künftige Praxis zu lernen. Noch kann nicht davon die Rede sein, dass sich die politische Gesamtausrichtung von der Perspektive der zivilen Konfliktbearbeitung leiten lässt«.¹

Die AGDF will ausgehend von dieser Erkenntnis dazu beitragen, dass die beschriebene Lücke geschlossen wird und damit der gewaltfreien Option der ihr gebührende Vorrang auch tatsächlich zugestanden wird, wenn politische Entscheidungen über deutsches und europäisches Engagement in Krisengebieten anstehen, damit ihr »Vorrang« nicht zu einer leeren Formel wird, der letztendlich dazu dient, den Einsatz des militärischen - wenn auch nachrangig - zu rechtfertigen. Kirche verfügt über wirkungsvolle Mittel und Möglichkeiten, hat diese jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Bei der Arbeit an dem Grundlagenpapier wurde folgender Handlungsbedarf deutlich:

Bezogen auf die Kirche:

1. Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung hat nichts an seiner Bedeutung verloren. So gilt es aktuell, den Zusammenhang zwischen strukturellen Ungerechtigkeiten der Globalisierung und Waffengewalt sowie der Gefährdung der Natur (wieder) herzustellen. Der AGAPE-Prozess und die Dekade zur Überwindung von Gewalt müssen stärker aufeinander bezogen werden. Fragen nach gemeinsamen theologischen Wurzeln, der politischen Analyse, politischer Praxis sowie eklesiologischen Folgen sind zu beantworten.
2. Für die Akteure im Bereich der Evangelischen Kirche – Entwicklungsdienste, Friedensdienste, Friedensforschung, ökumenische Gruppen und verfasste Kirche – bedarf es einer gemeinsamen Arbeitsplattform, die beispielsweise die geplante Konferenz für die Friedenarbeit darstellen könnte, sowie verabredeter Verfahren der Zusammenarbeit, um in ihrer Gesamtheit mehr öffentliche und kircheninterne Wirkungsmöglichkeiten zu erlangen.
3. Die Existenz der Arbeitsstellen für Frieden innerhalb der Landeskirchen ist in Gefahr. Die vorhandenen Ressourcen dürfen nicht verringert werden, sondern müssen erhalten oder sogar ausgebaut werden. Auch Friedensdienste, wie sie in der AGDF zusammengeschlossen sind, können langfristig nur sinnvolle Friedenarbeit leisten, wenn ihre Arbeit in der verfassten Kirche bis hin in die Gemeinden verankert ist.
4. Im Sinne einer friedensethischen Grundbildung müssen Friedenserziehung und der Vermittlung von Erfahrungen und Methoden der Konflikttransformation im kirchlichen Raum ein (noch) höherer Stellenwert eingeräumt werden.
5. Kirchen und kirchliche Werke sollten ihr weltweites verlässliches Netz von Kontakten strategisch dazu nutzen, lokalen Akteuren in Krisengebieten eine größere Rolle in der Konflikttransformation zu verschaffen. Dazu gehören die Herstellung von Kontakten zu politischen Entscheidungsträgern, die Beratung lokaler Akteure bei der Entwicklung von Kompetenzen und Strategien sowie die finanzielle Unterstützung ihrer Ansätze.
6. Die kirchlichen Akteure können im Bereich der gewaltfreien Konflikttransformation ei-

nen substanziellen Beitrag leisten. Diese Kompetenz gilt es zu erhalten und auszubauen. Für die Einwirkung auf politische Prozesse in Deutschland, in Europa und global, als Anwalt der Partner im Süden und einer zivilen Politik, sind weitere Ressourcen notwendig.

7. Kirchen müssen stärker ihre eigenen Möglichkeiten einer kritischen Analyse der Auswirkungen militärischer Interventionen auf die Menschenrechte, die Sicherung von Grundbedürfnissen und die natürliche Umwelt einsetzen.

Kirchen verfügen über gesellschaftlichen Einfluss auf der mittleren Ebene, die ihnen Zugänge zur Politik verschafft, sie aber auch in Verbindung mit Handelnden auf der Graswurzelebene hält. Diese Stellung muss verstärkt genutzt werden, um der gewaltfreien Konflikttransformation Geltung zu verschaffen.

Bezogen auf Gesellschaft und Politik stellen sich folgende Herausforderungen:

8. Gewaltförmige Eskalation von Konflikten ist kein Zufallsprodukt oder tritt unerwartet und spontan auf. Bereits frühe Phasen der Eskalation können beobachtet werden. Hierfür sind Antennen – Strukturen und Instrumente – entwickelt worden und Indikatoren helfen, Warnsignale einzuordnen. Doch offensichtlich ist der Weg von der Wahrnehmung von Konflikten zum politischen Handeln weit. Frühzeitiges Handeln unter Nutzung aller Instrumente der zivilen, gewaltfreien Konflikttransformationen muss Priorität erhalten.
9. In anderen Fällen ist es auch ein Mangel an Wissen, Bewusstsein und Fertigkeiten, der dazu führt, dass gewaltfreier Konflikttransformation nicht der ihr gebührende Stellenwert zukommt. Entweder sind die erforderlichen Kompetenzen heute noch gar nicht vorhanden oder bestehendes Wissen hat verantwortliche Personen noch nicht erreicht. Diese Lücken gilt es zu schließen.
10. Bei Entscheidungen über Interventionen in Konfliktregionen müssen politische und auch zivilgesellschaftliche Akteure ihre Interessen, Ziele und Werte öffentlich und kritisch reflektieren. Expertisen zur Sache müssen eingeholt und öffentlich gemacht werden.

11. Das Versagen internationaler Institutionen in gewaltförmigen Konflikten hat zu einer Kritik an jeglicher Form, sowohl militärischer als auch ziviler Intervention geführt. Friedens- und Entwicklungsdienste haben aufgrund ihrer Erfahrungen Instrumente entwickelt, die ihre Arbeit sensibler für das Konfliktgeschehen machen und Friedenskräfte gegenüber Kriegspotentialen stärken sollen. Jegliche Intervention sollte konfliktsensibel, d.h. nicht Gewalt eskalierend, gestaltet werden.
12. Letztlich sind es lokale Akteure, die Nachhaltigkeit sicherstellen und langfristig die Verantwortung für Prozesse übernehmen. Sie sind der Schlüssel erfolgreicher Konflikttransformation. Dies muss auch zu einer Änderung von Prioritäten bei der Vergabe von Fördermitteln und der Gestaltung von Haushalten führen.
13. Besonders seit Beginn der 1990er Jahre wurden eine Reihe dieser Erfahrungen auch auf akademischer Ebene reflektiert. Das Arbeitsgebiet »zivile Konflikttransformation« hat sich in diesem Zeitraum sehr differenziert und eine bedeutende Entwicklung erfahren. Zurzeit liegt keine umfassende aktuelle Darstellung des »state of the art« der Konflikttransformation vor. Die Reflexion der Praxis der Konflikttransformation sollte weiter verstärkt werden.
14. Wissenschaft und staatliche Institutionen sollten Auswirkungen militärischer Interventionen auf Menschenrechte, die Sicherung von Grundbedürfnissen und die natürliche Umwelt kritisch analysieren, entsprechende Evaluationsinstrumente weiter entwickeln und die notwendigen Informationen öffentlich zur Verfügung zu stellen.
15. Rüstungsproduktion und -export brauchen in Deutschland weiter eine kritische öffentliche Beobachtung. Es gilt die internationalen Bemühungen um die Ächtung besonders menschenverachtender Waffen, wie Landminen, Streumunition und Atomwaffen sowie der Eindämmung des expandierenden Handels mit Kleinwaffen zum Durchbruch zu verhelfen.
16. Die Erfahrungen von NRO in der Konflikttransformation werden bisher in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen. Die Expertise der NRO für politische Entscheidungsprozesse gilt es zu nutzen, beispielsweise wenn es um die Reaktion auf politische Konflikte geht, die sich zu Krisen (zu) entwickeln (drohen).
17. Da Fragen der Konfliktintervention zunehmend im internationalen und multilateralen Kontext - wie EU, UN und Regionalorganisationen - diskutiert werden, müssen sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure ihre Kompetenzen und Ressourcen in diesem Bereich ausbauen. Von Kirche erwarten andere zivilgesellschaftliche Akteure Unterstützung bei der Herstellung politikrelevanter Kontakte und bei der Lobbyarbeit für gewaltfreie Konflikttransformation in Bezug auf Grundsatzentscheidungen, aber auch wenn auf Entscheidungen zu einzelnen Krisenregionen eingewirkt wird.
18. Es bedarf einer größeren Kohärenz von staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln in und in Bezug auf Konfliktregionen durch die Schaffung bzw. Weiterentwicklung von Abstimmungs-, Beratungs- und Kooperationsverfahren. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass zivilgesellschaftliche Akteure – insbesondere kritische Ansätze – in ihrer Eigenständigkeit und sich ergänzenden Vielfalt beschnitten werden.
19. Bestehende – auf dem Prinzip der Subsidiarität beruhende – Förderinstrumente sollten ausgebaut und weiterentwickelt sowie entsprechend der Erfahrungen mit der Konflikttransformation und neueren Erkenntnissen über Transformationsprozesse angepasst werden. Dabei muss die Prozesshaftigkeit von Konflikttransformation stärker berücksichtigt werden. So sind Förderinstrumente (z.B. ZIVIK) langfristiger und verlässlicher zu gestalten oder ihre Flexibilität (z.B. im Falle des ZFD) zu erhöhen.
20. Friedenserziehung und Friedensjournalismus als Voraussetzung der Friedensfähigkeit der eigenen Gesellschaft müssen ausgebaut und der Schaffung einer konstruktiven Streitkultur größere Bedeutung beigemessen werden.

Anmerkung:

¹ *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Denkschrift der EKD. Gütersloh 2007. S. 113*



Ziel des Projektes »Vorrangige Option Gewaltfreiheit«

Von Jan Gildemeister, Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden

Konsultation »Vorrang für Gewaltfreiheit Kirche als Akteur für Kirchenprävention und Konfliktbearbeitung«, Evangelische Akademie zu Berlin, 23.11.2007

Laut Ablaufplan ist es heute mein Part, Ihnen und euch das Ziel des Projektes »Vorrangige Option: Gewaltfreiheit!« zu erläutern. Ich komme dabei nicht daran vorbei, auch grob die bisherige Entwicklung zu beschreiben. Wer praktische Erfahrungen in Ziviler Konfliktbearbeitung hat weiß, dass es notwendig ist, Ziele und Methoden regelmäßig zu überprüfen und anzupassen. Mit dem Projekt ist es uns nicht anders ergangen.

Die AGDF verfolgt mit dem Projekt das Ziel, die Kirchen und ihre Werke dazu anzuregen, gemeinsam mit uns nachdrücklich für einen »Politikwechsel« hin zu einem Vorrang für gewaltfreie Methoden der Konfliktbearbeitung einzutreten und die eigenen Möglichkeiten in dem Feld strategisch zu nutzen. Es gilt stärker als bisher den Einsatz für einen gerechten Frieden und die Überwindung der Gewalt umzusetzen hinsichtlich der kirchlichen Einflussmöglichkeiten auf die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik und direkt auf weltweite Konfliktherde.

In Gesprächen der AGDF mit Kirchenleitungen, u.a. mit Herrn Präses Schneider, zeigte sich, dass der Wille durchaus da ist mehr zu tun, es aber an präzisiertem Wissen mangelt, was denn Mittel gewaltfreier Konflikttransformation zu leisten vermögen. Ein erstes Unterziel des Projektes war daher in einem Papier verständlich darzustellen, wie der aktuelle Stand der zivile Konfliktbearbeitung in Praxis und Forschung ist.

Bevor ich zu den weiteren Zielen und Schritten komme, möchte ich darauf hinweisen, dass wir das Projekt partizipativ angelegt haben, weil uns klar ist, dass wir alleine nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen. Deshalb haben wir Expertinnen und Experten gebeten, uns mit ihrem Fachwissen zu unterstützen. Zudem haben sich EKD, EKIR, eed und Ev. Akademie zu Berlin bereit erklärt, dass Projekt nicht nur – wie EKD und EKIR – finanziell zu fördern, sondern uns auch aktiv bei seiner Entwicklung zu unterstützen.

Dies hat mit dazu beigetragen, dass das Projekt seit seiner ersten Konzipierung einen intensiven

Entwicklungsprozess hinter sich hat. So mussten wir feststellen, dass es schwierig ist ein Papier zu schreiben, das eine gemeinsame inhaltliche Basis für kirchliche Akteure und Friedensdienste schafft, der Abstimmung und Weiterentwicklung für deren Engagement für gewaltfreie Konflikttransformation dient und zugleich die Adressaten in der Politik im Blick hat. Auch hat es sich als nahezu unmöglich herausgestellt, den Stand der Forschung zum Thema Konflikttransformation umfassend und doch knapp darzustellen und dies auch noch mit einem normativen Anspruch zu verbinden. Denn die Entwicklung dieses Arbeitsgebiets war in den letzten Jahren – glücklicherweise – so rasant, dass die Praxis und die ausdifferenzierte Forschungslandschaft kaum noch überschaubar sind.

Der zeit- und arbeitsaufwendige Suchprozess hat zusammen mit persönlichen Faktoren dazu geführt, dass wir erheblich aus dem ursprünglichen Zeit- und Finanzplan gekommen sind. Dies hat u.a. zur Folge, dass leider erst Anfang dieser Woche ein Entwurf veröffentlicht werden konnte, bei dem zudem noch zwei Kapitel fehlen und der noch nicht so rund ist, wie wir uns dies erhofft haben.

Wir haben aber bei dem Projekt nicht nur Unerfreuliches wie Zeitdruck, zusätzliche Kosten oder Holzwege erlebt, sondern auch wertvolle Erfahrungen gemacht. So gibt es ein erfreuliches Interesse von Fachleuten an unserem Projekt. Die vor einem Monat veröffentlichte Denkschrift des Rates der EKD »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« bestärkt uns in unserem inhaltlichen Anliegen. Und es wurde sichtbar, dass es im Bereich der ZKB erfreulich viele Aktivitäten von Kirchenleitungen, kirchlichen Werken und christlichen Friedensdiensten gibt.

Während der Arbeit wurde uns klar, dass wir unterschiedliche Papiere für kirchliche Zielgruppen und Partner und für politische Akteure erstellen müssen. So wendet sich das Papier, das Hagen Berndt gleich erläutern wird, ausschließlich an erst Genannte. Die Unterziele, die wir bezogen auf die Politik verfolgen, müssen in einem eigenständigen Teilprojekt realisiert werden, worauf ich gleich zu sprechen komme.

Bezogen auf die nächsten Schritte in dem Projekt wurde uns bisher zweierlei klar:

Zum einen ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit der kirchlichen Akteure erforderlich. Die heutige Konsultation darf also keine Eintagsfliege sein. Über unsere Mitarbeit am sog. Runden Tisch zur Zukunft der Friedensarbeit in der EKD haben wir mit dafür gesorgt, dass die geplante Konferenz für Friedensarbeit das Dach werden kann, in dem die Abstimmung und Zusammenarbeit mittelfristig stattfindet. Aber bereits in unserem Projekt sind wir darauf angewiesen, dass die nächsten Schritte auf möglichst breiter Basis gemeinsam entwickelt und getragen werden.

Zum anderen bedarf der angestrebte Dialog mit der Politik einer spezifischen Vorbereitung und gesonderter Papiere. Unsere Dialogpartnerinnen und -partner haben wenig Interesse bzw. Zeit, sich grundlegend mit den Möglichkeiten gewaltfreier Konflikttransformation auseinander zu setzen. Vielmehr geht es im politischen Alltagsgeschäft um die Lösung konkret anstehender Probleme. Was haben wir ihnen dafür anzubieten? Wie können wir sie ohne »Fertigrezepte« für die Krisen in Afghanistan oder dem Nahen Osten zu kennen für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit unseren Anliegen interessieren?

Ich bin Herrn OKR Faigle dankbar, dass er uns hilft, Türen in der Berliner Politik zu öffnen, und wir erleben eine ähnliche Bereitschaft bei dem

Brüsseler Büro des Bevollmächtigten des Rates der EKD. Wir werden aber nicht darum herkommen, unsere Erwartungen an die Politik in Berlin und zu einem späteren Zeitpunkt in Brüssel so auf den Punkt zu bringen und zu formulieren, dass sie die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Daher erhoffe ich mir, dass am Ende der heutigen Tagung das Interesse und die Bereitschaft erkennbar sind, dabei mitzudenken und mit zu tun.

Zum Schluss fasse ich zusammen, dass sich im bisherigen Entwicklungsprozess nicht so sehr das inhaltliche Ziel des Projektes verändert hat. Die Möglichkeiten gewaltfreier Konflikttransformation sollen im Bewusstsein kirchlicher und politischer Akteure präsenter sein und die entsprechenden Mittel stärker eingesetzt und gefördert werden. Deutlich verändert haben sich aber die im Projekt eingesetzten Methoden und unsere Vorstellungen für den weiteren Weg: So wurden Ziele, Zielgruppen und Inhalte des vorliegenden Papiers radikal überdacht und wir haben den Wunsch, dass es eine enge Zusammenarbeit von Fachleuten und Leitungen der Kirchen, ihrer Werken und der Friedensdienste in diesem Projekt und darüber hinaus im Feld der zivilen Konfliktbearbeitung geben wird. **D**

Vorstellung des Grundlagenpapiers »Vorrangige Option Gewaltfreiheit«

Von Hagen Berndt, Trainer und Berater für gewaltfreie Konflikttransformation

Konsultation »Vorrang für Gewaltfreiheit Kirche als Akteur für Kirchenprävention und Konfliktbearbeitung«, Evangelische Akademie zu Berlin, 23.11.2007. Das Grundlagenpapier »Vorrangige Option Gewaltfreiheit« erscheint im Herbst.

Sie haben einen Text vor sich, der immer noch erst im Entwurf vorliegt und aus technischen Gründen – ein Computerabsturz – an einer wichtigen Stelle eine Lücke aufweist, so dass die kritische Auseinandersetzung mit militärischen Antworten auf gesellschaftliche und politische Krisen noch fehlt. Dieses Kapitel ist wichtig, da Militär von der Politik und darüber hinaus weit in die Gesellschaft hinein zwar als »letzte Option« bezeichnet wird, in der Praxis jedoch als ein Mittel der Interessenpolitik unter anderen immer

wieder eingesetzt und dafür üppig ausgestattet wird.

Dennoch hat es sich im Gegensatz zu Annahmen zu Beginn des Projekts »Vorrangige Option Gewaltfreiheit« erwiesen, dass die kritische Würdigung von militärischen Interventionen nur ein Teil unter vielen ist, wenn darum gerungen werden muss, was geeignete Antworten auf gewaltförmige Konflikte im internationalen Raum sind. Denn es geht nicht einfach um militärisch oder gewaltfrei als zwei anscheinend unversöhnliche Reaktionen auf verfahrenere Konfliktsituationen, die unermessliches menschliches Leid verursachen. Es geht zunächst einmal darum, sich überhaupt und rechtzeitig mit der Krise zu befassen und dann, die geeigneten Mittel dafür einzusetzen.

Die gute Nachricht ist, dass wir heute in der Lage sind, bereits sehr viel besser als noch zu Beginn der Balkankriege zu ermessen, was konkret getan werden kann, um konstruktiv mit gewaltträchtigen Konflikten umzugehen. Erfahrungen liegen vor, Ansätze sind erprobt und auch oft bereits wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Darüber berichtet der Text. Er lässt anhand von vielen Fallbeispielen und den dazu gehörigen theoretischen Überlegungen zu Konflikttransformation die Vision einer Welt ohne Militär realisierbar erscheinen.

Der Text richtet sich an Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf Kirchenleitungsebene und Fachebene. Sie sollen durch ihn in die Lage versetzt werden, in Kirchen, in der Öffentlichkeit und gegenüber Politik fundiert und glaubwürdig für den Einsatz gewaltfreier Methoden der Konflikttransformation in Krisengebieten zu argumentieren. Der Text soll sie überzeugen, dass Methoden der Konflikttransformation wirksam sind, wenn Krisen bewältigt, Frieden wieder hergestellt und Gerechtigkeit geschaffen werden sollen. Sie sollen in die Lage versetzt werden, sich als Kirchenleitungen zur Übertragung einer grundsätzlichen gewaltfreien Haltung in konkretes politisches Handeln zu bekennen und dies angesichts konkreter Entscheidungen gegenüber der Politik einzufordern.

Das Papier benennt und erklärt in seiner Einleitung Herausforderungen für gewaltfreie Konflikttransformation und nimmt dabei Bezug auf die EKD-Denkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen« von 2007, die die Friedensdebatte in den Kirchen aktualisiert und sie auf heutige Herausforderungen von Krieg und Frieden bezieht. Ich zitiere aus der Denkschrift: »Im Sinne nachhaltiger Friedenspolitik kommt es darauf an, dass die Gesamtheit der Aktivitäten [der zivilen Konfliktbearbeitung] gefördert und offiziell politisch gestützt wird, einschließlich der Möglichkeit, aus Fehlern für die künftige Praxis zu lernen. Noch kann nicht davon die Rede sein, dass sich die politische Gesamtausrichtung von der Perspektive der zivilen Konfliktbearbeitung leiten lässt«. Das Projekt »Vorrangige Option Gewaltfreiheit« der AGDF will dazu einen Beitrag leisten, diese Lücke zu schließen.

In einem zweiten Teil erinnert das Papier an die friedensethischen Debatten der Kirche und Ökumene nach 1945 und beschreibt die Rolle von Kirchen im Kontext gewaltfreier Konflikttransformation. Es wird deutlich, dass Kirchen sich geleitet durch das Bild des »gerechten Frie-

dens« grundsätzlich für einen Vorrang gewaltfreier Mittel der Konfliktaustragung ausgesprochen haben und diese normative Haltung auch durch konkrete Schritte in die Praxis übertragen haben, z.B. durch Beratung von Kriegsdienstverweigerern, Schaffung kirchlicher Werke mit den entsprechenden Aufgaben, die Gründung von Entwicklungsdiensten, die Förderung von Friedensdiensten. Doch im Gespräch mit der Politik wird auch deutlich, dass ein Teil der Erfahrungen, die sehr wohl mit kirchlicher Unterstützung oder sogar in ihrem Rahmen gemacht wurden, nicht wieder zurückgeflossen sind. Denn das Leitbild des »gerechten Friedens« ist ein Instrument zur Analyse der Situation sowie zur Festlegung der nötigen friedenspolitischen Anstrengungen im Sinne von Näherungslösungen. Es taugt aber nicht als konkrete Handlungsanleitung für einzelne Fälle. Die zivile gewaltfreie Konflikttransformation füllt einen der Instrumentenkästen zur Realisierung des gerechten Friedens, wenn es um die Überwindung von Gewalt geht. In den Kirchen und bei ihren Mitgliedern ist das Wissen um diese Möglichkeiten nach Einschätzung der Herausgeber des Papiers noch nicht ausreichend verbreitet.

Diesem Mangel wird im 3. Kapitel des Papiers begegnet, das auch als eine Ergänzung und Konkretisierung zu Kapitel 4.4. der EKD Denkschrift 2007 angesehen werden kann: Es stellt Erfahrungen und Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte zu gewaltfreier Konflikttransformation dar, zeigt auf, welche Instrumente und Strukturen bereits bestehen, wo Lücken sind und wie Erfahrungen in der Praxis umgesetzt werden können. Hierbei wird ein großer Bogen geschlagen, in mehrfacher Hinsicht:

- Historisch von der Erfahrung zweier Weltkriege über die Wende von 1989 hinweg bis zu den Balkankriegen, den Kriegen im zentralen Afrika und in Südasien.
- In der Konfliktodynamik von latenten Konflikten, die in Unrechtssituationen und Menschenrechtsverletzungen zum Ausdruck kommen, über eskalierende Konflikte und gewaltförmige Krisen hinweg zu einsetzenden Verhandlungen und der Nachsorge von Konflikten.
- Strukturell bei der Betrachtung der Rolle von Graswurzelinitiativen und einzelnen, vom Konflikt betroffenen Menschen, der Funktion großer Institutionen wie Kirchen, politischen Parteien und Verbänden sowie der Diplomatie auf staatli-

cher und internationaler Ebene mit besonderer Berücksichtigung europäischer Institutionen.

Wir konnten bei der Erarbeitung des Dokuments eine Reihe von Expertinnen und Experten einbeziehen, von denen ich einige hier im Saal sehe. Dies wurde notwendig, als uns deutlich wurde, welche Komplexität die Diskussion über gewaltfreie Konflikttransformation bereits erreicht hat. Kein einzelner der beteiligten Autorinnen und Autoren hätte die Gesamtheit der angesprochenen Themen in der Tiefe und mit der Präzision, wie es schließlich erfolgt ist, erarbeiten können. Den gegenwärtigen »state of the art« der Konflikttransformation umfassend darzustellen, wäre bereits ein interdisziplinäres und auf mehrere Jahre angelegtes Forschungsprojekt. Erfreulich ist, dass es diese Kompetenz im Rahmen der Friedens- und Entwicklungsdienste und in deren Umfeld gibt und dass sie genutzt werden kann.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Auseinandersetzung mit den Erfahrungen ziviler gewaltfreier Konflikttransformation der vergangenen 10 – 15 Jahre, dass die Rolle lokaler, direkt vom Konflikt betroffener Akteure noch viel zu wenig beachtet und in die Überlegungen einbezogen wird. Das ist eigentlich verwunderlich, denn es soll doch darum gehen, in Krisengebieten dauerhaft tragfähige Strukturen und Institutionen aufzubauen, in denen die Betroffenen die Autoren und Autorinnen ihrer eigenen Zukunft sind, nicht aber viele spannende Interventionsregionen. Der Fokus auf unsere Rolle als von außen Intervenie-rende ist nicht verwunderlich, doch muss es in Zukunft viel mehr darum gehen, das Augenmerk auf Akteure vor Ort zu lenken – und zwar nicht nur als Partner bei der Umsetzung von Projekten im Rahmen von hier festgelegten Richtlinien.

Wie eingangs erwähnt, steht noch aus, die Arbeit am 4. Kapitel zu militärischen Interventionen abzuschließen. Kritisch wird die Diskussion über »menschliche Sicherheit«, die auch in der EKD-Denkschrift Widerhall gefunden hat, aufgenommen, deutsche Interventionspolitik und in diesem Zusammenhang die zivil-militärische Zusammenarbeit betrachtet.

Das 5. Kapitel stellt dann zunächst die geschilderten Erfahrungen in einen konzeptionellen Zusammenhang und betont insbesondere den prozesshaften Charakter jeglicher Konflikttransformation. Das ist auch der Grund, warum ein Papier, das Grundlagen für die Diskussion mit der Politik darstellen soll, keine Lösungen und Antworten für konkrete Politikentscheidungen

zu aktuellen Krisen von heute und morgen aufzuzeigen vermag. Ein Verständnis dieser Prozesse jedoch hilft, die Rollen unterschiedlicher Akteure – einschließlich unser selbst – besser einzuordnen, vermeidet, selbst in Fällen wenig hilfreichen oder sogar destruktiven Konfliktverhaltens zu treten, und gibt Hinweise darauf, wie wir andere Akteure – zum Beispiel in der Politik – bei der Suche nach Auswegen aus der Krise unterstützen können.

In den beiden letzten Abschnitten des 5. Kapitels werden Schlussfolgerungen für gesellschaftliche Aufgaben gezogen und die Rolle von Kirchen bezüglich gewaltfreier Konflikttransformation beschrieben. Der sich aus den Fallbeispielen ergebende Handlungsbedarf in Bezug auf Diskussion in Kirchen und in ihren Werken wird dargestellt und die sich für Kirchen stellenden Herausforderungen an den Schnittstellen zwischen Politik und Friedensdiensten zusammengefasst. Sie finden einen Auszug daraus in dem Ihnen zur Vorbereitung auf diese Tagung zugegangenen Thesenpapier, das sicherlich in den Arbeitsgruppen noch Beachtung finden wird. (siehe Seite 5-7). Es wird sehr deutlich: Der gesellschaftlichen Einfluss der Kirche auf der mittleren Ebene, die Zugänge zur Politik verschafft, sie aber auch in Verbindung mit Handelnden auf der Graswurzelebene hält, kann verstärkt genutzt werden, um der gewaltfreien Konflikttransformation mehr Geltung zu verschaffen.

Das Dokument ist ein auf die Erklärung der Vorrangigkeit von gewaltfreier Konflikttransformation in Krisengebieten ausgerichteter Text und kann keine globale Weltinnenpolitik umreißen – dies erscheint uns wichtig zu betonen. Denn Konflikte sind doch auch immer ein Ausdruck von Entwicklungs- und Veränderungsnotwendigkeiten und verweisen auf Handlungsbedarf in einer Vielzahl von Politikfeldern, in denen Lösungen für anstehende Fragen von Globalisierung, Klimawandel, sozialen und Handelsfragen, Umweltpolitik und Rechtsnormen, etc. erarbeitet werden müssen.

Das Dokument ist auch kein auf konkrete aktuelle Handlungsempfehlungen ausgerichtetes Policypapier. Dies muss im konkreten Einzelfall auf der Grundlage der Ihnen hier vorliegenden Erläuterungen gemeinsam diskutiert und erarbeitet werden. Für diese wichtige Zukunftsaufgabe wünsche ich uns allen mit Blick auf diejenigen, die heute unter Gewalt leiden, und auf die Generation unserer Kinder viel Erfolg. **D**

Kritischer Kommentar aus kirchlicher Sicht zum Papier »Vorrang für Gewaltfreiheit«

Von Präses Nikolaus Schneider, Evangelische Kirche im Rheinland

Konsultation »Vorrang für Gewaltfreiheit Kirche als Akteur für Kirchenprävention und Konfliktbearbeitung«, Evangelische Akademie zu Berlin, 23.11.2007

Das Leitbild des Gerechten Friedens mit seiner vorrangigen Option für Gewaltfreiheit ist zentral für die aktuellen kirchlichen friedensethischen Stellungnahmen der letzten Jahre: für die Zwischenbilanz der EKD von 2001, die Stellungnahmen der Deutschen Bischofskonferenz, die Veröffentlichung »Gerechter Friede ist möglich« der Evangelischen Kirche im Rheinland (2005) und schließlich auch für die am 24. Oktober vorgestellte neue Friedensdenkschrift der EKD. Es betont die vorrangige Bedeutung ziviler und gewaltfreier Mittel zur Prävention und für die Bearbeitung von Konflikten. Dies geschieht in ähnlicher Richtung auf dem Feld staatlichen Handelns, wenn auch in anderer Formulierung und mit anderen Begründungen: im Aktionsplan der Bundesregierung von 2004. Auch die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 ist so angelegt.

Das hier vorliegende Papier der AGDF beruht auf der Annahme, dass die Politik ihren eigenen Absichtserklärungen nicht oder zu wenig folgt.

Folgende Beobachtungen werden dafür ins Feld geführt:

- Politik setzt zunehmend auf militärische Stärke und militärische Einsätze.
- Das Militär übernimmt zunehmend Aufgaben, die von zivilen Kräften erledigt werden können.
- Außen- und sicherheitspolitische Strategien geben militärischen Mitteln und Einsätzen den Vorrang.
- Zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung hat eine nachrangige Funktion bzw. kommt zeitlich oft erst nach Abschluss kriegerischer Auseinandersetzungen zum Tragen.

Ausgehend von dieser Kritik ist das Ziel des Papiers zunächst ein Perspektivenwechsel. Zwar hat der Aktionsplan der Bundesregierung von 2004 den Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung zur Querschnittsaufgabe erklärt, die dann tatsächlich

in verschiedenen Ministerien Eingang gefunden haben, doch wird die gewünschte umfassende Umsetzung und Dynamik im vorliegenden Papier vermisst. Es schlägt deshalb zwecks Abhilfe andere Strategien, bessere Strukturen, mehr Kompetenzen, mehr Ressourcen und mehr Allianzen vor.

Der Kritik an der mangelnden Umsetzung stellt das Papier gelingende Erfahrungen ziviler Konfliktbearbeitung gegenüber Insofern geschieht ein Wechsel der Perspektive auf die Handlungsfelder Kirchlicher Entwicklungsdienst und Freiwillige Friedensdienste sowie auf die friedensorientierten Bewegungen nach dem 2. Weltkrieg und die Bewegung des gewaltfreien Widerstandes in der DDR, deren Auswirkungen auf das gesellschaftliche Bewusstsein zu Recht gewürdigt werden.

I.

Gibt das Policy-Papier eine ausreichende Antwort auf die Frage, wie viel zivilgesellschaftliche und staatliche Kooperation angemessen und erforderlich ist? Der zivile Friedensdienst als Gemeinschaftswerk und die Arbeitsgemeinschaft entwicklungspolitische Friedensarbeit (FriEnt) sind Beispiele staatlich- und nichtstaatlicher Kooperation. Die 1998 entstandene Plattform Zivile Konfliktbearbeitung ist als zivilgesellschaftliches Netzwerk auch ein politischer Akteur. Deren Stellungnahme »Frieden braucht Gesellschaft« von 2004 als Reaktion auf den Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« der Bundesregierung vom 12. Mai 2004 wird als »Höhepunkt des konzeptionellen Einvernehmens zwischen Staat- und Zivilgesellschaft« beschrieben. Für die Folgejahre wird jedoch ein »Rückschritt in nationalstaatliches Denken« gesehen: »Nicht mehr die Zivilgesellschaft, sondern das Militär erscheint nun wieder als nächster Verbündeter der diplomatischen Bemühungen zur Krisenbewältigung«.

Wie kann man also die Akteure der Friedensarbeit stärken?

Die politische Forderung nach verlässlichen Finanzierungen wird mit gelingenden Konfliktvermittlungen wie in Mosambik, Manipur / Indien

und Guatemala untermauert. Das ist legitim und überzeugend.

Weitere Beiträge im gleichen Kapitel erörtern den Umgang mit traumatischen Erfahrungen, das Lernen im Angesicht der deutschen Geschichte / Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF), Transitional Justice. Akteure bzw. Instrumente auf europäischer sowie globaler und regionaler Ebene werden dargestellt. So entsteht ein Kompendium höchst unterschiedlicher Aspekte der zivilen Konfliktbearbeitung; sie reichen von organisatorischer Selbstdarstellung über Erfahrungsberichte bis hin zu politischen Entwürfen.

Diese Vielfalt ist informativ, aber sie lässt m. E. die Frage offen, wie Kooperationswünsche oder -notwendigkeiten zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bewertet werden müssen. Dies zu klären, ist jedoch für die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Teilhabe an der Problemlösung mitentscheidend. Wenn sie sich gegen den Staat stellt, wo Kooperation sinnvoll ist, schwächt sie ihre Möglichkeiten.

Dazu eine wichtige kirchliche Erfahrung im Bereich der Entwicklungspolitik: Zivilgesellschaftliche Kräfte in südlichen Ländern, die sich gegen staatliche Willkür in ihren Ländern wehren, lernen von den Erfahrungen der nördlichen Partner-NGOs in der Auseinandersetzung mit deren Regierungen, und sie profitieren sehr von einer gelingenden Kooperation zwischen Staaten und NGOs in den nördlichen Ländern.

■ Vergleichbares gilt auch für das Verhältnis der EU-Institutionen zu den NGOs, weil auf EU-Ebene viele zivilgesellschaftlich relevante Themen und Vorhaben entschieden werden. Es ist deshalb nicht oder nur wenig produktiv, wenn sich NGOs gegen die EU stellen. Sinnvoll hingegen ist die Bemühung um kritische Kooperation, wo möglich.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Kapitel »Zivile Konfliktbearbeitung ausbauen« der neuen EKD-Denkschrift (Ziffern 163 – 176), welche die ZKB würdigt und zugleich ihre politische Umsetzung einklagt. Der Rat der EKD fordert ausdrücklich die Kooperation zwischen staatlicher Politik und den Trägern ziviler Konfliktbearbeitung im Sinne einer Ressort übergreifenden Querschnittsaufgabe (Ziffer 176). Wir sind uns einig in der Forderung, dass es um ein vorrangiges politisches Handlungsprinzip geht, das dringend entsprechende Handlungskapazitäten und -ressourcen erfordert.

II.

Bedauerlich ist es, dass das Kapitel 4 »Militärische Interventionen« noch nicht vorliegt. Ich vermute, dass es hier u.a. um eine Kritik an den Kosten und an der Wirkung von Militäreinsätzen geht in Verbindung mit der Frage, welche Alternativen im Sinne von Krisenintervention oder Deeskalation möglich sind. Nach meiner Auffassung ist es eine zentrale Aufgabe der kirchlichen Friedensfachdienste und des EED, aus eigener Anschauung bekannte Krisenherde zu analysieren und Szenarien für gewaltfreie Konflikttransformation zu entwickeln: solche Kompetenzen sind gegenüber der Politik ins Spiel zu bringen. Am Beispiel des Sudan etwa lassen sich Möglichkeiten und Grenzen unserer kirchlichen Ansätze herausarbeiten; das Friedensabkommen zwischen Nord- und Südsudan ist auch unter Mitwirkung kirchlicher Fachdienste zustande gekommen. Das Kapitel 5 »Gewaltfreie Konfliktbearbeitung in Krisengebieten« als beschreibende Darstellung könnte so überzeugende Farbe bekommen.

III.

Auch wenn sich die neue EKD-Denkschrift und das AGDF-Papier in Charakter und Zielsetzung unterscheiden, so kann man erfreut feststellen, dass es inhaltliche Schnittmengen gibt. Daneben stehen grundsätzliche Unterschiede.

Nicht zu überlesen ist die kritische Abgrenzung in der Einleitung des Papiers vom »Konzept der rechtserhaltenden Gewalt« in der neuen EKD-Friedensdenkschrift (es geht um die Ethik rechtserhaltender Gewalt, abgeleitet aus der bellum iustum-Lehre; Ziffern 102 ff). Das AGDF-Papier will zeigen, »dass zivile Konfliktbearbeitung die Vision einer Welt ohne Militär realisierbar erscheinen lässt« und ist davon überzeugt, dass Mittel der gewaltfreien Konflikttransformation zur Überwindung von Gewalt, Not und Unfreiheit beitragen. In diesem Sinne versteht es sich ausdrücklich als parteilich.

Doch parteilich ist auch die EKD-Denkschrift »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen«, die auf dem Dreiklang von Frieden, Recht und Gerechtigkeit klare Leitgedanken in Verbindung mit konkreten Handlungsoptionen entwickelt. Sie ist parteilich, indem sie einerseits den Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung für eine rechtsverbindliche, internationale Friedensordnung fordert und andererseits die Anwendung von Zwangsmitteln an ethische und völkerrechtli-

che Kriterien bindet. Der Einsatz nuklearer Waffen wird als friedensethisch nicht mehr gerechtfertigt erklärt.

Zu prüfen ist, ob und wie die verschiedenen Vorschläge im AGDF-Papier mit dem Konzept der »menschlichen Sicherheit« übereinstimmen, das in der EKD-Denkschrift besonders betont wird. Auch hier muss die Fertigstellung des Kapitels 4 abgewartet werden.

IV.

Es ist das Anliegen dieses AGDF-Papiers, die friedensethische Diskussion aus der Perspektive der gewaltfreien und zivilen Konfliktbearbeitung zu qualifizieren. Zielgruppen sind die Kirchenleitungen und die kirchlichen Fachleute für Friedensarbeit; angefragt wird ihre Argumentationsfähigkeit und die Aktualität ihres friedensethischen Wissens. So soll der kirchliche Einfluss auf die Politik gestärkt werden.

Nach meiner Auffassung müssen kirchliche friedensethische Stellungnahmen die öffentliche Diskussion antreiben und sich gleichzeitig am konkreten Beispiel in der Praxis bewähren. Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung, der sich in den bald 25 Jahren seit Vancouver entwickelt und permanent verändert hat, hat beides geleistet und ist aktueller denn je. Wird er unterfüttert und konkretisiert durch die Dekade des ÖRK zur Überwindung von Gewalt? Wird er sinnvoll flankiert von dem nach der 8. ÖRK-Vollversammlung 1998 in Harare begonnenen AGAPE-Prozess? Ist er durch die 3. Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu im September dieses Jahres profiliert worden?

Ich plädiere für eine Zusammenschau dieser unterschiedlichen Projekte, die sich schließlich allesamt in den Dienst von Gerechtigkeit und Frieden stellen und um ethische Eindeutigkeit bemühen. Sie sind zu verstehen als Beiträge für die Friedenskonvokation des ÖRK 2011.

26 Jahre nach der 1. Friedensdenkschrift (»Frieden wahren, fördern und erneuern« von 1981) ist auffällig, wie stark sich die unterschiedlichen Positionen angenähert haben.

In den beiden großen Kirchen ist übereinstimmend der Lehre vom gerechten Krieg der Abschied gegeben worden (vgl. das Hirtenwort »Gerechter Friede« der DBK 2000). Das Anliegen, mit militärischen Mitteln Frieden zu schaffen, wird in

Zweifel gezogen. Der Einsatz militärischer Gewalt bzw. bewaffneter Friedensmissionen gilt als allerletztes Mittel, das nur im Rahmen eines friedenspolitischen Gesamtkonzeptes unter äußerst strengen Kriterien zur Geltung kommen kann. Denn auch hier gilt, dass sich Gewalt der Herrschaft des Rechtes unterwerfen muss. »Militärische Maßnahmen müssen Bestandteil einer kohärenten Friedenspolitik unter dem Primat des Zivilen bleiben«. Von besonderer Aktualität ist die politische Forderung der EKD-Denkschrift, bewaffnete Friedensmissionen im Ausland grundsätzlich mit einer begleitenden und nachträglichen Evaluierung durch unabhängige Instanzen zu verbinden. Politisch wird ebenfalls unterschieden zwischen dem Tatbestand der innerstaatlichen Nothilfe gegenüber einer »als Nothilfe gerechtfertigten Intervention durch einzelne Staaten oder Staatenbündnisse, die nicht durch den UN-Sicherheitsrat mandatiert sind«. Die EKD fordert den Ausbau einer internationalen Rechtsordnung sowie eine staatliche Sicherheits- und Friedenspolitik, die von den Konzepten der »menschlichen Sicherheit« und der »menschlichen Entwicklung« her gedacht wird.

Eine dem Recht verpflichtete internationale Friedensordnung ist ihrerseits dem Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung verpflichtet. Auch die EKD fordert den Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung, insbesondere die Umsetzung des Aktionsplans der Bundesregierung von 2004.

Es ist konsequent, dass das AGDF-Papier sich mit dieser Thematik genauer auseinandersetzt. In den Schlussfolgerungen wird eine stärkere Beachtung der Rolle der lokalen Akteure im Krisengebiet gefordert. Unter Hinweis darauf, dass sie Nachhaltigkeit sicher stellen und langfristige Verantwortung für Transformationsprozesse übernehmen, fordert das AGDF-Papier eine »Änderung von Prioritäten bei der Vergabe von Mitteln und der Einrichtung von Haushalten«. Die Diskussion dieser Forderung halte ich für eine wichtige Aufgabe auch im Dialog zwischen Entwicklungs- und Friedensfachdiensten.

Die AGDF hat hohe Erwartungen an die Rolle der Kirchen und die von ihnen zu übernehmenden Aufgaben:

- Stärkeren Einfluss auf politisches Handeln in Verbindung mit der Forderung, Mittel gewaltfreier Konflikttransformation anzuwenden,

- Errichtung einer gemeinsamen Arbeitsplattform für alle Akteurinnen und Akteure des Konziliaren Prozesses innerhalb der Kirchen,
- Sicherstellung der Arbeitsstellen für Frieden innerhalb der Landeskirchen,
- höherer Stellenwert für eine friedensethische Grundbildung (Friedenserziehung; Konflikttransformation; Friedensjournalismus),
- Nutzbarmachung der professionellen Erfahrungen von NGOs in der Konflikttransformation,
- Unterstützung von lokalen Akteurinnen und Akteuren in Krisengebieten (politisch, beratend und finanziell),
- Unterstützung unabhängiger Evaluationen bei militärischen Interventionen.

Auf diese Erwartungen, die sehr diskussionswürdig sind, werden während der heutigen Tagung andere Referenten eingehen.

V.

Abschließend stelle ich Ihnen ganz bewusst die Frage, ob und wie weitgehend Sie mit dieser Schrift die Basis unserer Kirche, die Menschen in den Gemeinden im Blick haben. Der interne Arbeitsbegriff »Policy-Papier« legt dies nicht unbedingt nah, doch wer sich in die Kirche hinein äußert und ihren politischen Einfluss herausfordern will, muss immer auch hinsichtlich der sehr unterschiedlichen Zugänge ihrer Mitglieder zur Politik und zu deren Umsetzung auf den verschiedenen Ebenen differenzieren. Gesellschaftliche Bewusstseinsbildung, für die in diesem Papier gute Beispiele gegeben werden, muss die Basis- und Praxisebene ernst nehmen, um überzeugen zu können.

Im Vorwort ist vom »Projekt« und vom »Papier« die Rede, in der Einleitung vom »Dokument«. Das Genus erscheint im Untertitel als »Plädoyer«.

Die Einleitung beschreibt im 2. Absatz Ausgangslage und Zielgruppe: »An die AGDF wurde von kirchlicher Seite mehrfach die Aufforderung herangetragen, Erfahrungen mit gewaltfreier Konflikttransformation so aufzuarbeiten, dass KirchenvertreterInnen in die Lage versetzt werden, innerhalb der Kirchen, in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik fundiert und glaubwürdig für den Einsatz gewaltfreier Methoden in der

Konflikttransformation in Krisengebieten zu argumentieren.«

Schließt diese Zielstellung die Menschen in unseren Gemeinden wirklich ein? Und wem wird hier der Transfer einen schwierigen Materie zugemutet?

Vor einigen Jahren haben wir darüber beraten, wie mit Hilfe der AGDF die Friedensarbeit in unseren Gemeinden gestützt werden könnte. Das avisierte Projekt kam nicht zustande. Der Zugang schien verbaut. Die angesprochenen Gemeinden schienen keine große Lust zu haben, Referenten der Friedensfachdienste einzuladen zu Themen, die sie zu dem Zeitpunkt nicht bearbeiteten. Was also innen nicht angelegt ist, kann man von außen kaum erzwingen oder implantieren.

Trotz dieser Wahrnehmung ist nach meiner Auffassung die Friedensfrage nicht aus der Kirche »ausgewandert«. Sie wird an vielen Stellen deutlich und ausdrücklich debattiert, ist aber oft nur latent im Bewusstsein. Die Argumentationshilfe der Rheinischen Kirche »Ein gerechter Friede ist möglich« und die neue Denkschrift der EKD haben die Diskussion vorangebracht. Neue Lösungen zu der komplexer gewordenen Problematik werden in den Programmen und Projekten der kirchlichen Fachorganisationen erprobt. Ihre Ergebnisse müssen in die friedensethische Debatte eingespeist werden.

Unsere Gemeindeglieder jedoch setzen sich z.B. auseinander mit unkalkulierbarer, begrenzter menschlicher Sicherheit unter verwirrenden globalen Bedingungen. Ihre Betroffenheit kann nicht ausgespart werden, wenn es um fachliche Fragen, um friedensethische Erörterungen und um entsprechenden politischen Einfluss geht.

Eine fachdienstliche Arbeitsgemeinschaft wie die AGDF kann ich also nur ermutigen, bei allem berechtigten politischen Einsatz und Engagement die Bodenhaftung ernst zu nehmen und ihren eigenen Mitgliedern bzw. Mitgliedsorganisationen zuzumuten, die gefundenen Positionen vor Ort und auf jeder Ebene zu diskutieren.

Zugleich wünsche ich Ihnen Erfolg und Segen für den Fortgang dieses wichtigen Projektes, das mit der heutigen Tagung schärfer konturiert werden soll. 

»Die Rolle von Religionen in Konflikten sollte bewusst entfaltet werden«

Von Ulrike Schmidt-Hesse, Leiterin der Abteilung Mission und Partnerschaft und stellv. Generalsekretärin des Evangelischen Missionswerks in Südwestdeutschland

Konsultation »Vorrang für Gewaltfreiheit Kirche als Akteur für Kirchenprävention und Konfliktbearbeitung«, Evangelische Akademie zu Berlin, 23.11.2007

Ich möchte eine Vorbemerkung machen und dann sechs Punkte nennen, mit denen ich am Thesenpapier zu dieser Konsultation entlanggehe.

Vorbemerkung: Das Evangelische Missionswerk in Südwestdeutschland (EMS) ist eine internationale ökumenische Gemeinschaft von Kirchen und Missionen in Europa, Afrika, Asien und dem Nahen Osten. Ihr Charakteristikum ist das gemeinsame Zeugnis der frohen Botschaft, das im Teilen von Lebensfragen, im interkulturellen Lernen und Dienst und im Teilen finanzieller Mittel zum Ausdruck kommt. Der Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit, für Heilung und Versöhnung, für die Überwindung von Gewalt sind dabei zentrale Aufgaben. Von 2004 bis 2006 war der Fokus der Gemeinsamen Programme des EMS »Frieden gestalten – Zukunft gewinnen«.

1. Das Papier der AGDF möchte den Vorrang für gewaltfreie Methoden der Konfliktbearbeitung in der Öffentlichkeit stärker zur Geltung bringen, für einen entsprechenden Politikwechsel eintreten und die kirchlichen Möglichkeiten dafür nutzen. Erfahrungen mit gewaltfreier Konfliktbearbeitung sollen so aufgearbeitet werden, dass sie entsprechende Argumentationen stützen. Diesem Gesamtziel stimme ich ausdrücklich zu.

Es entspricht der theologischen Orientierung des EMS und damit unserem Verständnis und unserer Praxis von Mission. Dies gilt auch für die anderen regionalen Missionswerke und das EMW. Ich bringe deshalb Erfahrungen und Erkenntnisse aus einem Missionswerk gerne in die Diskussion um das Dokument zur vorrangigen Option für Gewaltfreiheit ein. Für das EMS kann ich sagen, dass wir auch an weiterer Kooperation interessiert sind.

2. Das Papier hebt die Bedeutung des konziliaren Prozesses hervor, in dem Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aufeinander bezogen sind, und betont die Notwendigkeit, die Ar-

beit in den Bereichen Überwindung von Gewalt und alternative Globalisierung miteinander zu verknüpfen. Das sehe ich auch so.

Nach meiner Erfahrung verbinden viele Akteure und Akteurinnen in dem einen oder im anderen Bereich die Themen bereits miteinander. Ich möchte dazu einige Beispiele nennen: Das EMS unterstützt das Projekt »Fischen versöhnt« der Evangelischen Kirche in Halmahera (Indonesien), in dem Muslime und Christen nach zerstörerischen gewaltsamen Auseinandersetzungen gemeinsam Fischerei-Kooperativen bilden. Diese dienen dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Versöhnung zwischen den Religionen. Das »Konsortium für Frieden und soziale Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel«, an dem die EMS-Gemeinschaft stark beteiligt ist, verbindet das Engagement für eine friedliche Wiedervereinigung mit Initiativen zur Entwicklung Nordkoreas. Der Internationale Missionsrat des EMS hat eine Empfehlung zum AGAPE-Aufruf des ÖRK beschlossen, zu dem die Beteiligung am Team-Visit-Programm des ÖRK im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt gehört. Die Verknüpfung von Gerechtigkeits- und Friedensarbeit ist also möglich und geschieht.

Die größere gemeinsame Herausforderung liegt meines Erachtens darin, die Anliegen des konziliaren Prozesses – und das gilt für die Überwindung von Gewalt wie für den Einsatz für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit – »vom Rand ins Zentrum des Lebens und Zeugnisses der Kirchen zu rücken«, wie es in der Neuverpflichtung zur Dekade von 2006 heißt. In der aktuellen Diskussion um die Aufgaben der Kirche in Deutschland ist dies leider nicht in Sicht.

3. Das Papier der AGDF betont die Aufgabe, die Kooperation zwischen verschiedenen kirchlichen Akteuren zu fördern und die notwendigen Ressourcen für die Arbeit in den Kirchen bereitzustellen. Es geht also um Prioritäten und um Kohärenz. Dies gilt innerhalb der Kirchen, Werke und Organisationen wie auch im kirchlichen Kontext insgesamt.

Im EMS haben wir in unserem Zwei-Jahres-Programm »Frieden gestalten – Zukunft gewin-

nen« gute Erfahrungen gemacht in der Kooperation mit kirchlichen Fachstellen, Kirchenleitungen, Gemeinden, Initiativen und NGOs. Elemente des Programms waren:

a) internationale Workshops im Libanon und in Indonesien zur Rolle von Religionen in Konflikten, b) internationale Trainings für junge Erwachsene in gewaltfreier Konfliktbearbeitung, die in Ghana und Südafrika statt fanden, c) ein interkulturelles Bibellese-Programm zu Friedentexten, bei dem es darum ging, eine kontextuelle Theologie des Friedens von unten zu entwickeln. Daran beteiligten sich 80 Gruppen in 14 Ländern. Es hat sich bewährt, einen solchen Arbeitsschwerpunkt zu setzen, der verschiedene thematische Aspekte und Handlungsformen umfasst, verschiedene Akteurinnen und Akteure und Zielgruppen anspricht und der durchgängig international und interkulturell angelegt ist.

Neben diesem Schwerpunktprogramm ist der Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, für Heilung und Versöhnung durchgängiges Thema in allen Arbeitsbereichen des EMS, zum Beispiel bei den Kriterien für Stellen für Ökumenische Mitarbeitende, in der finanziellen Förderung von Programmen und Projekten und in der Gender-Policy.

4. Das Papier fordert, dass friedensethische Grundbildung und die Vermittlung von Erfahrungen und Methoden der Konflikttransformation im kirchlichen Raum einen höheren Stellenwert bekommen sollen. Ich kann das nur unterstreichen.

Wir haben im EMS sehr positive Erfahrungen mit den internationalen Trainings für junge Erwachsene zu gewaltfreier Konfliktbearbeitung gemacht. Die Presbyterianische Kirche von Ghana hat in der Folge ein landesweites fünfjähriges Programm entwickelt, in dem Jugendliche und junge Erwachsene in Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung geschult werden. Das Programm »Peacemakers – Jugend mit einer Friedensmission« hat in zwei Jahren etwa 2000 junge Leute erreicht. Dabei ist wesentlich, erstens, dass die Vermittlung von Wissen über Ursachen, Entwicklung und Lösungsmöglichkeiten von Konflikten verbunden wird mit praktischen Übungen, zweitens, dass die thematische Orientierung und die Zusammensetzung der Gruppe international und interkulturell sind, und drittens, dass das Thema Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung auch theologisch reflektiert und mit geistlichem Leben verknüpft wird.

Unsere Erfahrung ist, dass wir in unserem Alltagsverhalten und im politischen Handeln die vorrangige Option für Gewaltfreiheit nur dann werden durchhalten können, wenn dies in einer Spiritualität verwurzelt ist, die sich menschlicher Verletzlichkeit und Verwundbarkeit bewusst ist, einer Spiritualität, die die Machtlosen ermutigt und ermächtigt, gewaltfrei zu widerstehen im Vertrauen auf die schöpferische Gegenwart des Geistes Gottes in Konflikten. Auch in anderen Bereichen unserer Friedensarbeit zeigt sich, dass es nicht »nur« um Friedensethik geht, sondern dass der Einsatz für Frieden und die Überwindung von Gewalt »Sache des Glaubens« ist, das heißt: das Friedenszeugnis ist wesentlich für christliche Identität, für unser Verständnis von Kirche und von Mission. Bei einer großen kirchlichen Konsultation in Ostasien im Mai 2006 sagten die Teilnehmenden: »Frieden zu schaffen ist heute nicht Teil unserer Mission, sondern es ist unsere Mission.«

5. Das Papier der AGDF unterstreicht die Bedeutung von lokalen Akteuren als Schlüssel der Konflikttransformation und betont die Bedeutung von verlässlichen langfristigen Beziehungen. Im EMS als internationaler ökumenischer Gemeinschaft gibt es sowohl langfristige internationale Beziehungen als auch lokale Akteure in vielen verschiedenen Kontexten. Die Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen und gleichzeitig in Verbindung zu sein mit Handelnden auf der Graswurzelebene, könnten noch stärker strategisch genutzt werden. Bisher gibt es zum Beispiel im Nahen Osten die Arbeit der Schneller-Schulen, die gemeinsame Friedenserziehung für christliche und muslimische Kinder aus benachteiligten Familien praktizieren, die Beteiligung am Ökumenischen Begleitprogramm für Israel und Palästina und regelmäßige Zusammenarbeit mit Kirchen in Israel/Palästina, Jordanien und dem Libanon. In diesem Zusammenhang finden Lobby- und Advocacy-Aktivitäten statt, zum Beispiel 2006 für einen Waffenstillstand im Libanon. In Korea und im Blick auf Korea gibt es eine langjährige Friedens- und Menschenrechtsarbeit sowie die Förderung der Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea, das Eintreten für Heilung und Versöhnung in Ostasien (Korea-Japan-China) und die Unterstützung des oben genannten Konsortiums.

6. In dem Papier heißt es, dass kirchliche Akteure einen substantiellen Beitrag dazu leisten können, dass gewaltfreie Konfliktbearbeitung Vorrang erhält.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen wesentlichen Ergänzungspunkt nennen, und zwar die Rolle von Religionen in Konflikten. Dieses Thema sollte im Dokument bewusst entfaltet werden. Religionen können eine Quelle von Gewalt sein, sie können Konflikte verschärfen. Religionen können aber auch Quellen des Friedens sein und zu Gewaltprävention, Konflikttransformation und Versöhnung beitragen. Es kommt darauf an, die friedensfördernden Kräfte in verschiedenen Religionen zu stärken.

Im Workshop des EMS im Libanon zu Religionen in Konflikten, bei dem es vor allem um die Rolle von Christentum und Islam in verschiedenen Kontexten ging, wurde deutlich, dass die positiven Beiträge verschiedener Religionen zu Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung bisher zu wenig bekannt sind. Es ist wichtig, solche Friedensgeschichten öffentlich zu erzählen. Auch die Friedensforschung sollte sich stärker mit dem politisch relevanten Friedenspotential der Religionen auseinandersetzen.¹

Der Workshop betonte auch die Bedeutung des interreligiösen Dialogs, von religiöser Friedenser-

ziehung sowie von regelmäßigem Informationsaustausch und nachhaltiger Zusammenarbeit zwischen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften sowie NGOs. Dies trägt dazu bei, dass Religionen Frieden stiften.

Im Grundlagenpapier der AGDF und in den Thesen zum Handlungsbedarf sollte das Thema Religionen und Konflikte in diesem Sinne gestärkt werden.

Das gleiche gilt für die Verbindung von Friedensarbeit und interkulturellem Lernen. Sie ist für mich genau so wichtig wie die Verbindung von Friedens- und Gerechtigkeitsarbeit. Die Fähigkeit, mit Differenz umzugehen, gehört wesentlich zur Prävention und zur gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten dazu. In diesem Bereich haben wir als evangelische Kirchen und Werke einiges beizutragen.

Anmerkung:

¹ vgl. Markus A. Weingardt, *Religion Macht Frieden*, 2007



»Keine Alternative zu der vollen Bejahung des Einsatzes von Fachkräften für Entwicklungs- und Friedensarbeit«

Von Wilfried Steen, Mitglied im Vorstand des Evangelischen Entwicklungsdienstes

Konsultation »Vorrang für Gewaltfreiheit Kirche als Akteur für Kirchenprävention und Konfliktbearbeitung«, Evangelische Akademie zu Berlin, 23.11.2007

Ich möchte Sie von der AGDF zu dem vorgelegten Entwurf beglückwünschen, enthält er doch maßgebliche Einsichten, die auch bei uns in den Entwicklungswerken erarbeitet worden sind. Der Text stützt sich maßgeblich auch auf Beispiele der Arbeit des EED und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) mit den Partnern in Übersee und im Inland, so dass ich mir hier das Leben leicht machen und auf den Text verweisen kann. Der Text beruht auch in Grundzügen auf Erkenntnissen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung von 2003. Neu ist der theologische Teil. Hier frage ich mich aber, ob es nicht Doppelungen zur Denkschrift gibt. Ich hätte mir auch gewünscht, dass die Theologie nicht wie »Petersilie auf dem Schnitzel« wirkt, sondern auch in den anderen Teilen des Papiers stärker durchleuchtet.

Ein paar Punkte möchte ich zur Debatte beisteuern:

1. Wir sind hier zum Thema »praktische Umsetzung« gebeten worden. Nun sind Theorie und Praxis beim Frieden nicht zu trennen. Auch der EED befasst sich sowohl theoretisch als auch praktisch mit den Fragen der Gewaltfreiheit. Warum? Weil Frieden und Gerechtigkeit nicht nur begrifflich eng zueinander gehören. Es gibt keine Entwicklung ohne Frieden. Allerdings gibt es auch keinen Frieden ohne Entwicklung, ohne Freiheit, ohne Partizipation. Wir können nicht Afrika den Frieden predigen und sagen: Begnügt euch mit eurer Armut, mit eurem Mangel an Trinkwasser, an ausreichender Nahrung für eure Kinder, Mangel an einem Stück Land, das euch ernährt. Wir können nicht sagen: Schließt Frieden und wir lassen alles beim Alten mit unserer Wirtschaftsordnung, mit unserer wirtschaftlichen Dominanz über den Süden.

2. Es gibt keine wahre Religiosität, ohne dass ich mich für den Frieden voll und ganz einsetze. Ich war am letzten Wochenende zu einem Roundtable der Weltreligionen »Religions for Peace« in London eingeladen. Erstaunlich, was auch andere

Weltreligionen zustande bringen. Erstaunlich, wie sehr Gelehrte des Islam sich mit aller Kraft einsetzen, dass Friede wird. Auch von Hindus und Buddhisten und anderen Religionen brechen Bewegungen auf, die in den schweren ethnischen Konflikten den Vorrang für Gewaltlosigkeit unterstreichen. Mehr und mehr Menschen begreifen, dass es ohne Frieden keine Zukunft für diese Erde gibt. Zu den Bedingungen des Weltfriedens zählt auch der Frieden zwischen den Religionen. Frieden braucht unsere gesamten Anstrengungen. Warum nutzen wir eigentlich nicht den gesamten Erfahrungsschatz unserer Kirche, um alle Kräfte für den Frieden auch zwischen den Religionen einzusetzen? Davon ist in dem Papier bisher keine Rede – im Gegensatz zur Denkschrift der EKD! Das ist ein blinder Fleck, der beseitigt werden muss. Wenn es um Frieden geht, können wir nicht nur auf Deutschland bezogen denken. International geschieht gerade im Zusammenhang der Aktion »Religions for Peace« mehr als wir in Deutschland bisher wahrnehmen.

3. In der Theorie des Friedens sind wir stark: Wir haben eine wunderbare neue Denkschrift der EKD »Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen.« Wir haben Strategiepapiere. Eigentlich wissen wir alles. Was uns fehlt, ist die Praxis. Frieden und Entwicklung gehören zusammen. Frieden hängt sehr eng auch mit dem Einsatz von Individuen zusammen, die Frieden vorleben – und zwar in ganz konkreten Situationen. Aber wo bleibt eigentlich der Realitätscheck? Warum haben wir Friedenskämpfer nicht den Mut, nicht nur auf die gelingenden Erfahrungen zu blicken, sondern auch zu den gewaltigen Schwierigkeiten zu stehen, die die Friedensarbeit vor Ort mit sich bringt?

Die EED-Friedensfachkraft Petra Meyer lag vor einigen Wochen flach auf dem Boden ihrer Wohnung in Kinshasa, damit sie nicht von Querschlägern bei Auseinandersetzungen zwischen der Miliz des Oppositionsführers Bemba und der Präsidentschutze im Kongo getroffen wurde. Sie wurde dann von schwer bewaffneten UN-Kräften befreit und in Sicherheit gebracht. Auch dies müssen wir bedenken, wenn wir von der vorrangigen Option für Gewaltfreiheit reden.

4. Das Programm Ziviler Friedensdienst wird im vorliegenden Text mit großer Berechtigung gelobt. Der Dienst der Friedensfachkräfte verdient Beachtung, aber: Wir sollten als Friedenskämpfer kritischer mit uns sein. Warum wird eigentlich verschwiegen, dass dieses Programm nicht zuletzt deshalb so attraktiv ist, weil es Verwaltungskosten für die beteiligten Organisationen vorsieht? Frieden stiften mit staatlicher Unterstützung bei den eigenen Verwaltungskosten. Ich sehe darin ein gewisses Problem. Dieses Problem einer Abhängigkeit vom Staat sollte zumindest diskutiert werden. Ich bin mir bewusst, dass wir als EED da im Glashaus sitzen. Das gebietet die intellektuelle Redlichkeit. Aber als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste (AGdD) sage ich: Es muss unser ureigenes Interesse als nichtstaatliche Organisationen sein, die

konzeptionelle Kompetenz im Bereich Frieden und Entwicklung nicht an den Staat zu verlieren.

5. Mein Resümée: Es gibt keine Alternative zu der vollen Bejahung des Einsatzes von Fachkräften für Entwicklungs- und Friedensarbeit. Friedensstifter sind durch nichts zu ersetzen, auch wenn die Arbeit vor Ort von unseren Partnern selbst geleistet werden muss. Da Friedensstifter von außen nichts allein lösen können, muss es Ziel unserer Arbeit sein, »Local Capacities for Peace« zu unterstützen und zu fördern. Programme wie »Do no harm«, wie sie beispielsweise der EED gemeinsam mit Partnern im Süden durchführt, berücksichtigen die lokale Weisheit der Menschen und stärken friedensfördernde Kräfte der Bevölkerung. Frieden – das ist unsere tiefe Überzeugung – muss von innen wachsen. 

»Der interreligiöse Dialog ist unverzichtbar für zivile Konflikttransformation«

Von Dr. Gisela Kurth, stv. Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden

Konsultation »Vorrang für Gewaltfreiheit Kirche als Akteur für Kirchenprävention und Konfliktbearbeitung«, Evangelische Akademie zu Berlin, 23.11.2007

Als letzte in der Reihe habe ich die Möglichkeit, einige der Aspekte und Anfragen der vorangegangenen Beiträge aufzugreifen.

Das vorliegende Papier dient im Wesentlichen dazu, Kirchenleitungen Argumente und Beispiele an die Hand zu geben, die die Möglichkeiten von ziviler Konflikttransformation im Ausland aufzeigen, und ihnen dadurch die Chance zu geben, sich stärker auch im Dialog mit der Politik für deren Ausbau einzusetzen. Daher kann es – wie zu Recht festgestellt wurde – nicht eins zu eins für die Arbeit in den Gemeinden verwandt werden. Dafür müsste ein anderes Papier geschrieben werden.

Weiter wurde angemerkt, dass die Aussagen der Studie nicht konkret genug für die Politik seien. Dem kann ich zustimmen, hier bedarf es einer Vermittlung: Das Papier beschreibt eindrücklich zivile Konflikttransformation als Prozessbegleitung in den verschiedenen Phasen eines Konflikts. Die Studie gibt aber keine Antwort auf die Frage nach konkreten Handlungsanweisungen für das Verhalten in einem nächsten, noch nicht bekannten Konflikt. Sie zeigt allerdings Beispiele erfolgreicher Konflikttransformation auf und die Erfahrungen lassen sich verallgemeinert durchaus auf aktuelle Konflikte übertragen. Ein wesentliches Problem ist, dass von Politik und Medien schnelle, messbare Ergebnisse einer Intervention in Konflikten erwartet werden, die vermeintlich Militäreinsätze gewährleisten. Daher werden sie häufig dem prozessoffenen Ansatz der Konfliktbearbeitung vorgezogen. Vertreter/innen der Kirchen müssen demgegenüber auf die Prozesshaftigkeit und Längerfristigkeit von Friedensschaffen hinweisen und dies als einzig wirkungsvolles Konzept offensiv vertreten. Das ist eine Aufgabe im Sinne der im Papier geforderten friedensethischen Grundbildung, aber auch für den Dialog zwischen Kirche und Politik.

In dem Grundlagenpapier wird vehement und zu Recht darauf verwiesen, dass die lokalen Akteure die eigentlichen Akteure in der Konflikttransfor-

mation sind. Das wird von den Friedensdiensten und kirchlichen Werken immer wieder betont und wurde auch in vorangegangenen Beiträgen hervorgehoben. Die Frage ist allerdings, inwieweit wird dies in der Praxis und in Veröffentlichungen immer eingehalten oder eben doch manchmal Konfliktbearbeitung mit Intervention gleichgesetzt. Auch der vorliegende Text sollte daraufhin noch einmal kritisch gegengelesen werden.

Um die »Ownership« der lokalen Akteure einzulösen, brauchen wir andere, flexiblere Finanzierungsinstrumente, als sie heute von staatlicher Seite existieren. Während kirchliche Werke neben den staatlichen Kofinanzierungen auch über weitere Finanzierungsmöglichkeiten verfügen, fehlt den Friedensdiensten der Zugang zu solchen Töpfen.

Notwendig ist aber nicht nur eine Akzentverschiebung bei der Bewertung der Rolle der lokalen Akteure, sondern auch in der Frage, in welcher Form europäische NRO und Werke deren Arbeit am besten unterstützen können. Nehmen wir das Beispiel Ostkongo mit seinen Vorkommen von Coltan, Wolfram und anderen wertvollen Erzen. Hier sind die Minenkonzerne einer der einflussreichsten, wenn nicht der einflussreichste Player. Partizipative Projektarbeit hebeln sie aus, indem sie die Menschen in den jeweiligen Orten höher bezahlen. Damit werden auch große Organisationen wie die GTZ an den Rand gedrängt. In der Studie wird diese Problematik an Hand einzelner Beispielen beleuchtet, aber in den Schlussfolgerungen wird sie bisher zu wenig aufgenommen. Hier ist gezielte Lobby- und Kampagnenarbeit notwendig, die in engem Kontakt mit den lokalen Partnern erfolgen muss. Denn diese wissen am besten, was ihnen hilft oder auch schadet. Es gibt wertvolle Ansätze einer solchen Advocacy-Arbeit, so das Ökumenische Netz Zentralafrika oder die Erdölkampagne Tschad-Kamerun oder die im Papier beschriebene Lobby-Arbeit zur Begleitung des Friedensprozesses im Sudan. Aber sie arbeiten mit sehr geringen Mitteln, die insbesondere von kirchlichen Werken und Friedensdiensten zur Verfügung gestellt werden. Wollen wir mit einer neuen Aufgabenverteilung zwischen lokalen und europäischen Partnern ernst machen, so benötigen wir deutlich mehr Mittel für die Advocacy-Arbeit.

Präses Schneider führte in seinem Eingangsreferat aus, dass eine Abgrenzung der NRO vom Staat nicht zielführend ist. Es gibt viele Beispiele einer befruchtenden Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren bei uns und in unseren Partnerländern. Wir erleben aber zugleich Versuche, die Arbeit von NRO in die staatlichen Konzepte zu integrieren. Sie sind von Herrn Steen und Frau Füllkrug-Weizel benannt worden. Friedensdienste sind aus Bewegungen gewachsen und haben von jeher die politische Arbeit für veränderte Bedingungen in den Nord-Ländern auf ihre Fahnen geschrieben. Durch die Finanzierung im Rahmen von Projektförderung werden Friedensdienste immer mehr zu Dienstleistern gemacht. Dem sollten Kirchen auch durch eine andere Finanzierungsstrategie entgegenwirken.

Zum Schluss möchte ich mich auf die Begriffe »Kirche« und »kirchliche Netzwerke« eingehen:

Das Papier beschreibt positive Beispiele des Einsatzes von Kirchen, kirchlichen Werken und Friedensdiensten in der Konflikttransformation. Das ist ermutigend. Der Begriff Kirche wird aber in dem Papier etwas monolithisch benutzt. Kirche als Volk Gottes ist ein lebendiger Organismus mit manchmal auch widerstreitenden Meinungen und Kräften. Kirchen als gesellschaftliche Kräfte sind immer auch Teil eines Konflikts, manchmal tragen sie sogar zur Verschärfung eines Konflikts bei. Ich wünsche mir, dass hier in der Studie deutlicher zwischen den verschiedenen Akteuren in den Kirchen und ihren jeweiligen Rollen in Konflikten differenziert wird. Das gilt für unsere Partnerländern ebenso wie für uns in Deutschland. So versucht beispielsweise Nduwamahoro,

der burundischen Pax Christi Zweig, mit dem EIRENE in Burundi zusammen arbeitet, innerhalb der katholischen Kirche die eigene Rolle im Bürgerkrieg zu thematisieren und Schritte auf dem Weg der Aufarbeitung zu gehen. Der Weltfriedensdienst (wfd) begleitet parallel Mi-PAREC, eine Basisorganisation der evangelischen Kirche, die einen ähnlichen Weg in ihrer Kirche geht.

Unterschiedliche Meinungen und auch Konflikte gibt es aber auch innerhalb der europäischen Kirchen. Dies gilt beispielsweise für die Advocacy-, Lobby- und/oder Kampagnenarbeit, wenn wir uns in Deutschland und Europa für die Offenlegung und evt. Begrenzung wirtschaftlicher und politischer Interessen einsetzen. Ich erinnere in dem Zusammenhang an die Aktion »kauft keine Früchte aus Südafrika« und an die Pharma-Kampagne.

In dem Papier wird auf die wichtigen Beiträge kirchlicher Netzwerke hingewiesen. In ihnen sind Kirchen, die in einem konkreten Konflikt konfliktverschärfend wirken, ebenso vertreten wie solche, die in diesem Konflikt eine gewaltvermindernde oder eine beobachtende Rolle spielen. In den Netzwerken können wichtige Dialogprozesse angestoßen werden. Sie sollten aber auch ermutigt werden, sich für andere Religionsgemeinschaften zu öffnen. Der interreligiöse Dialog und auch der Dialog von Vertreter/innen verschiedener Religionsgemeinschaften über Fragen wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit sowie über konkrete Friedens- und/oder Entwicklungsprojekte sind unverzichtbare Bausteine für zivile Konflikttransformation – nicht nur in den Partnerländern, sondern auch bei uns. **D**

Herausforderungen an kirchliche Arbeit im Bereich der zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung

Von Oberkirchenrätin Antje Heider-Rottwilm, Leiterin der Europaabteilung im Kirchenamt der EKD*

Konsultation »Vorrang für Gewaltfreiheit Kirche als Akteur für Kirchenprävention und Konfliktbearbeitung«, Evangelische Akademie zu Berlin, 23.11.2007.

***Bis Ende März 2008. Ab April ist die Autorin tätig bei: »Brücke – Ökumenisches Forum HafenCity« (Hamburg).**

Vieles zum Thema ist schon in dieser Konsultation gesagt worden, was unter diese Überschrift gehört. Dazu zähle ich

- die vielfältige Praxis der kirchlichen Akteure, der Werke und Dienste,
- die Erarbeitung von Grundsatzpapieren wie der Denkschrift der EKD
- die politischen Äußerungen von Leitungsgremien sowie
- und nicht zuletzt die kirchliche Verkündigung und Bildungsarbeit auf allen Ebenen vom Religionsunterricht bis hin zu Trainings in gewaltfreier Konfliktlösung für verschiedene Berufsgruppen in und außerhalb der Kirche.

All dies und viel mehr kirchliches Handeln kann und muss im Geiste des Evangeliums Beitrag sein zur zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung.

Bischof Schindehütte konnte die Zusage heute nicht einhalten, so habe ich kurzfristig seinen Part übernommen. Das hat zur Folge, dass ich stärker die europäische Perspektive im Blick habe. Angesichts der Kompetenz vieler hier für die globalen Fragen ist das akzeptiert, so hoffe ich.

Folgende Anforderungen sehe ich:

1. Der Beitrag der Kirche in der Erarbeitung der theologischen und ethischen Positionen zum Thema »Vorrang für Gewaltfreiheit«

Mit der Veröffentlichung der neuen Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die der Ratsvorsitzende vor fast genau einem Monat (am 24. Oktober 2007) in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt hat, bekräf-

tigt die EKD die von ihr schon zuvor vertretene These vom Vorrang der Gewaltfreiheit so klar wie bisher noch nie. In der Denkschrift heißt es:

»Das christliche Ethos ist grundlegend von der Bereitschaft zum Gewaltverzicht (Mt 5,38ff) und vorrangig von der Option für die Gewaltfreiheit bestimmt.«

Sicher, die EKD vertritt auch in ihrer neuen Denkschrift keinen reinen, radikalen, unbedingten Pazifismus. Das mögen Manche unter uns bedauern. Sondern sie bekundet ihre Affinität und Nähe zum pazifistischen Ethos der Gewaltfreiheit. Und sie bekennt sich klar und eindeutig zur Praxis des Friedensstiftens.

Die Denkschrift widmet dem Friedensbeitrag der Christen und der Kirchen das zweite von insgesamt vier Kapiteln. Lassen Sie mich den Aufbau und die Argumentation dieser Schrift in aller Kürze nachzeichnen.

Das erste Kapitel (bzw. der 1. Hauptteil) stellt eine Skizze der friedenspolitischen Lage der Gegenwart unter dem Gesichtspunkt der aktuellen Friedensgefährdungen dar.

Daran schließt sich das bereits zitierte zweite Kapitel an, das den spezifischen Friedensbeitrag der Christen und Kirchen darstellt. Hierzu äußere ich mich nun etwas ausführlicher, weil in diesem Kapitel davon die Rede ist, was Christen für Frieden und Gewaltfreiheit in dieser Welt tun.

– In Kapitel 2.1 »Den Frieden vergegenwärtigen und bezeugen« wird das Handeln der Kirche im Hinblick auf den Frieden im Geschehen des Gottesdienstes verankert. Denn Ausgangspunkt für alles, was die Kirche überhaupt tun kann, um für den Frieden zu bilden, ist das Gebet für den Frieden und die lebendige Verkündigung des Evangeliums. Jeder Gottesdienst kann und soll zum Frieden bilden.

– In Kapitel 2.2 »Für den Frieden bilden und erziehen« ist von den weiteren spezifischen Bildungsinstitutionen der Kirche die Rede, die außer dem Gottesdienst Menschen auf ihren Le-

bensweg begleiten und sie befähigen, Versöhnung zu praktizieren, der Gewaltlosigkeit bei der Konfliktbearbeitung einen Vorrang einzuräumen und auf allen Ebenen dem Frieden nachzujagen.

– Kapitel 2.3 thematisiert unter der Überschrift »Die Gewissen schützen und beraten« die seelsorgerliche Aufgabe der Kirche im Blick auf die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und auch im Blick auf diejenigen, die den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern und nicht bereit sind, militärische Gewalt gegen andere Menschen anzuwenden.

– In Kapitel 2.4 »Für Frieden und Versöhnung arbeiten« werden solche Prozesse skizziert, die in kirchlicher Trägerschaft zum Frieden und zur Versöhnung innerhalb von und zwischen Völkern und Staaten beitragen. Dort ist beispielsweise die Rede von der sogenannten »Wahrheits- und Versöhnungskommission« in Südafrika, aber auch von der Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

– Schließlich wird in Kapitel 2.5 »Vom gerechten Frieden her denken« der eigentliche Leitbegriff der Schrift, nämlich der Begriff des gerechten Friedens, eingeführt, und es werden die Grundzüge einer Theologie des gerechten Friedens skizziert. Wenn die Friedensethik vom gerechten Frieden her denkt, dann grenzt sie sich nicht nur von den die Tradition der Christenheit bestimmenden Konzepten wie dem Mythos vom Heiligen Krieg oder von der traditionellen Lehre des gerechten Krieges ab, sondern sie setzt sich zugleich in eine konstruktive Beziehung zum christlichen Pazifismus. Das Kapitel 2.5 der Denkschrift ist eine Schlüsselstelle innerhalb des gesamten Textes. Es verbindet den zweiten und den dritten Hauptteil der Denkschrift miteinander und bereitet die beiden folgenden Hauptteile sachlich vor, indem es deutlich macht, aus welchen Gründen und mit welchen Inhalten christliches Handeln sich in Recht und Politik umsetzen muss.

Der Hauptteil 3 (»Gerechter Frieden durch Recht«) zeigt auf, wie das Medium des Rechts im Sinne des Internationalen Völkerrechts auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen geeignet und notwendig ist, um Friedensprozesse zu tragen und zu stützen. Das Recht muss gestärkt werden, damit nicht der Stärkere Recht behält.

In Hauptteil 4 der Denkschrift (»Politische Friedensaufgaben«) ist unter anderem von Europas Friedensverantwortung die Rede, aber auch von der Rolle und dem Auftrag der Bundeswehr. Die

Aufgabe, Waffenpotenziale abzubauen, Rüstungsexporte einzuschränken und wirksam zu Abrüstung und Rüstungskontrolle beizutragen, wird ebenso formuliert, wie die Notwendigkeit der zivilen Konfliktbearbeitung noch einmal eingeschärft wird.

Konfliktbearbeitung muss, so ist die unstrittige Auffassung der EKD, gestärkt und ausgebaut werden. Deshalb macht die EKD sich stark für die Arbeit des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und fördert die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) ebenso wie die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer (EAK). Diese drei, der EKD auf unterschiedliche Weise nahe stehenden Organisationen sind besonders wichtig, um auf zivile Weise für den Frieden in der Welt zu arbeiten. Es wird künftig mehr denn je darauf ankommen, dass diese Akteure im Feld der zivilen Konfliktbearbeitung konstruktiv zusammen arbeiten und ihr professionelles Wissen und ihre unterschiedlichen Fähigkeiten am richtigen Ort und in angemessener Weise zum Einsatz bringen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Absicht der neuen Denkschrift ist, die Wurzeln des Friedenshandelns im christlichen Glauben selbst aufzuzeigen und diejenigen, die sich aus christlicher Überzeugung für den Frieden und die Überwindung von Gewalt einsetzen, in ihrem Tun zu ermutigen und zu stärken. Diese doppelte Absicht spiegelt sich auch im Titel der Denkschrift: »Aus Gottes Frieden leben ? für gerechten Frieden sorgen«.

2. Kirchliche Arbeit als politische Stimme der Kirche in der Öffentlichkeit

Im Blick auf den öffentlichen Auftrag der Kirche sind gerade die Fragen um Krieg und Frieden, um den Umgang mit politischen und sozialen Konflikten ein zentrales Thema. Darum weise ich hier darauf hin, wie notwendig konkrete, sachkundige und zeitnahe Äußerungen der Kirchen zu Entwicklungen in diesem Bereich sind – auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene.

Sicher erinnern Sie sich an die Konferenz europäischer Kirchenleitenden, die wenige Wochen vor Beginn des Irak-Krieges hier in Berlin stattfand – eine Konferenz, die so schnell zusammengerufen werden konnte, weil es ein in Jahrzehnten aufgebautes Vertrauen und viele Ebenen der Zusammenarbeit mit den Partnerkirchen

gibt. Das eindeutige Wort der Kirche gegen den Krieg war für die deutsche Öffentlichkeit und auch für die deutsche Politik nicht unerheblich. Aus anderen europäischen Ländern wissen wir dasselbe.

In anderer Weise war der Beschluss der EKD-Synode 2006, der an die Stellungnahmen der Konferenz Europäischer Kirchen zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik anschloss, ein wichtiges sicherheitspolitisches Statement (s. u.). Wir haben es in alle Gespräche mit der deutschen Ratspräsidentschaft und den europäischen Verantwortungsträgern eingebracht, konnten uns immer wieder darauf beziehen – bis zuletzt während des Gesprächs der Steuerungsgruppe Europafragen des Rates der EKD mit dem stellv. Leiter der Europäischen Verteidigungsagentur in Brüssel.

Natürlich, je präziser wir sind, je konkreter bezogen auf eine spezifische Thematik wie die EU-Initiative zum Verbot der Streubomben oder die EU-Initiative zur Wiederbelebung der nuklearen Abrüstung, umso angreifbarer, aber auch umsetzbarer ist das, was wir auf dem Weg zu einer gewaltfreien Konfliktbearbeitung einfordern. Konkret zu reden bedeutet, Fehler machen zu können und Risiken einzugehen.

3. Kirchliche Arbeit als gemeinsames ökumenisches Lernen und Handeln, um den Vorrang für Gewaltfreiheit zu fördern?

Friede lässt sich nur auf internationaler Ebene herstellen. Dementsprechend muss auch kirchliches Friedenshandeln stets über die engen Grenzen der eigenen Konfessionalität hinausgehen und ökumenisch sein. Für die EKD folgt daraus, dass sie sich in Deutschland innerhalb der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK), auf europäischer Ebene in der GEKE (Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa) und in der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und weltweit im Rahmen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) engagiert.

Den weitesten Bogen spannt dabei der ÖRK. Mit seiner im Jahr 2001 in Berlin eröffneten »Dekade zur Überwindung von Gewalt« (DOV) formuliert er für seine Mitgliedskirchen eine Aufgabe, die je nach Ort, Zeitpunkt und Kontext von jeder einzelnen Kirche und jeder einzelnen Gemeinde im Maße ihrer Möglichkeiten individuell zu bearbeiten und zu lösen ist. Die neue Friedensdenkschrift erinnert bewusst an Johann Amos Come-

nius (1592-1670). Sein Lebensmotto »Alles fließe von selbst? Gewalt sei ferne den Dingen« enthält in nuce ein pädagogisches Programm, das in vielen Hinsichten bemerkenswerte Parallelen zur »Dekade zur Überwindung von Gewalt« aufweist. In der Denkschrift heißt es dazu:

»Die Dekade bietet christlichen Kirchen, Gruppen und Einzelpersonen ein strukturelles Dach und einen organisatorischen Raum, in dem diese agieren und konstruktive Beiträge zur Gewaltüberwindung leisten können. Die friedenspolitischen und friedenspädagogischen Aspekte der Dekade enthalten eine umfassende ‚Querschnittsaufgabe‘ für das kirchliche Handeln. Dies verlangt eine sorgfältige Koordinierung der zahlreichen vorhandenen Ansätze, Programme und Initiativen sowie Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.«

Sich auf ökumenischer Ebene und in einem konziliaren Prozess zu bewegen, schließt immer die Notwendigkeit ein, anderen genau und einfühlsam zuzuhören, ihre je andere Geschichte und ihren Kontext verstehen zu lernen und so den eigenen Verstehenshorizont zu erweitern. Mit anderen Worten: Teilnehmende/r einer weltweiten Lerngemeinschaft zu sein.

In den vergangenen Jahren haben wir dabei unter anderem gelernt, was der Begriff der »Verwundbarkeit« (vulnerability) bedeuten kann und wie er mit dem Ansatz der »menschlichen Sicherheit« korrespondiert.

In der Denkschrift gibt es dazu nur eine Andeutung in einer Fußnote. Dort heißt es:

»In ökumenischen Kontexten, etwa in neueren Dokumenten der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), wird betont, dass aus christlicher Sicht eine umfassende und absolute Sicherheit niemals zu gewinnen sei. Das menschliche Leben sei vielmehr immer mit Verletzlichkeit und Verwundbarkeit (‚vulnerability‘) verbunden. Friede und Gewaltfreiheit müssten deshalb immer auch riskiert werden. Damit wird nicht dem Konzept der ‚menschlichen Sicherheit‘ widersprochen, es wird aber aus einer anderen, zusätzlichen Perspektive in den Blick genommen.«

In einer Studie der norwegischen lutherischen Kirche aus dem Jahre 2000 heißt es dazu:¹

„Jeder Mensch lebt von seiner Umgebung, kulturell und natürlich. Es ist nicht möglich, die Verletzbarkeit zu vermeiden. Die moderne Mensch-

heit und Gesellschaft sind überrascht angesichts dieser unvermeidbaren Verletzbarkeit. Ein Traum von Unverletzbarkeit liegt hinter vielen der modernen menschlichen Fortschrittsversuche. Menschen haben ein grundsätzliches Recht darauf, dass man sich um sie sorgt und sie vor Unheil und Übel beschützt. Diese Verantwortung besteht füreinander als Menschen und Gemeinschaften. Trotz großartiger technologischer und materieller Fortschritte für einen großen Teil der Weltbevölkerung im 20. Jahrhundert müssen wir uns mit der vollkommen inakzeptablen Tatsache auseinandersetzen, dass Krieg, Armut und Umweltzerstörung weiterhin Milliarden Menschen bedrohen. Aber Verletzbarkeit ist ein konstitutives Element des Menschseins. Die Verletzbarkeit und Schutzlosigkeit des Menschen sind die Vorbedingung für seine Fähigkeit zu Offenheit und Solidarität... Sie sind eine notwendige Voraussetzung für menschliche Sicherheit, der es nicht einfach darum geht, mich und das Meine zu verteidigen, oder uns und das Unsere... Die Anerkennung der Verletzbarkeit... führt zur Anerkennung der Sicherheit des Anderen, des Fremden, als meine – unsere gemeinsame Verantwortung. Anerkennung unserer eigenen Verletzbarkeit kann einen Wunsch nach Kooperation statt nach Konflikt entstehen lassen... Dieses doppelte Verständnis von Verletzbarkeit ermöglicht ein grundsätzliches Überdenken dessen, was Sicherheit wirklich meint. Heute reicht es nicht, mit einem Sicherheitskonzept zu arbeiten, das nur auf staatliche Souveränität bezogen ist.’ (Übersetzung Antje Heider-Rottwilm)

In diesem Verständnis des Menschen – in seiner Beziehung zu Gott, seinem Aufeinander-Angewiesensein untereinander und mit der Schöpfung – wurzelt, so bin ich sicher, eine Spiritualität der Gewaltlosigkeit, die uns zu immer tieferer Frömmigkeit und zugleich globaler Solidarität herausfordert.

Deshalb müsste dieser Ansatz auch als theologische Kategorie weiter geführt werden. Er liegt vielen Zugängen zu gewaltfreier Konfliktbearbeitung zugrunde – und sollte meiner Meinung nach stärker in der friedensethischen Diskussion rezipiert werden, nicht nur in einer Fußnote.

4. Exkurs: Einige Aspekte zum Thema Kirchen und europäische Sicherheitspolitik

Die protestantischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen Europas haben sich 2001 in der Charta Oecumenica verpflichtet, in der Nachfol-

ge Jesu Christi für Versöhnung und Frieden einzutreten (s. Charta Oecumenica III.8). Später heißt es: 'Wir engagieren uns für eine Friedensordnung auf der Grundlage gewaltfreier Konfliktlösungen.'

Die geschieht seit Jahrzehnten durch eine Vielzahl von Begegnungen, Friedens- und Versöhnungsinitiativen, Netzwerken, Projekten auf der Ebene von Gemeinden, Gruppen, Landeskirchen, Werken und der EKD. Immer wieder müssen wir uns daraufhin befragen (lassen), was wir als Christinnen und Christen zum Abbau von Feindbildern, zum Aufbau von Vertrauen, zur Versöhnung, zu nachhaltiger Entwicklung beitragen – aber auch, wie wir die friedenspolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene mitgestalten.

Die Europäische Union (EU) hat die Aufgabe, zur Wahrung, Förderung und Erneuerung des Friedens beizutragen. Im Reformvertrag, in dem die Ziele der EU nun dargelegt werden, wird an erster und oberster Stelle der Frieden genannt. Es wird weiter ausgeführt, dass die EU einen Beitrag zu Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern leisten wolle, indem sie auf strikter Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts besteht. Insbesondere verpflichtet sie sich zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen. Damit wird implizit der Vorrang von ziviler Konfliktschlichtung vor militärischen Maßnahmen (UN-Charta Kap. 7) und die Notwendigkeit der Mandatierung für militärische Missionen anerkannt.

Seit den Gipfeln von Köln und Helsinki 1999 existiert die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Sie umfasst zivile sowie militärische Organe inklusive Kapazitäten des Krisenmanagements, die voneinander getrennt sind. In Göteborg 2001 fiel der Entschluss zur Schaffung einer europäischen Politik der Konfliktprävention, die bislang jedoch nur teilweise umgesetzt worden ist. Seit 1999 sind bereits 17 ESVP Missionen (Polizei und Militär) angelaufen, 10 davon sind noch nicht beendet. 13 waren bzw. sind ausschließlich ziviler Natur.

In Übereinstimmung mit den o.g. Zielen der EU ist in einem verfassungsähnlichen Rechtstext erstmals in Europa zivile Konfliktschlichtung als Handlungsalternative in Konfliktsituationen benannt. Wir haben als Kirchen immer wieder darauf hingewiesen, dass die Nennung der bereits längst aufgebauten und seit Jahren arbeitenden Verteidigungsagentur im Reformvertrag

(Art.27.3) eine politische Schiefelage bedeutet (auch wenn die Bündelung der militärischen Kapazitäten in Europa durchaus Sinn macht!), da dort als Gegengewicht keine operativen Details zum Aufbau von zivilen und konfliktpräventiven Kapazitäten angesprochen werden.

Die Europäische Kommission spielte in der Sicherheitspolitik der EU bislang nur eine marginale Rolle. Im Rahmen der Neuen Finanziellen Vorausschau der EU 2007-2013 ist die gemeinschaftliche Außenpolitik nun mit der Verabschiedung von neuen Außenpolitikinstrumenten auf eine neue Grundlage gestellt worden. Darunter ist das »Stabilitätsinstrument«, welches zivile sicherheitspolitische Maßnahmen der Kommission ab 2007 unterhalb der Schwelle militärischer Einsätze im Bereich Mediation, Kampf gegen Kleinwaffen und Minen, Friedenskonferenzen und Reintegration von Kindersoldaten und ehemaligen Kämpfern finanzieren soll. Teil des Stabilitätsinstruments ist erstmals ein Peace Building Partnership zwischen der Kommission und zivilgesellschaftlichen Akteuren der Friedensarbeit.

Laut ihrer website wollte die EU-Kommission mit einer zweitägigen Konferenz vor wenigen Tagen Mittel und Wege zum Umgang mit Krisen weltweit ausloten. Dazu waren Expertinnen und Experten aus aller Welt sowohl aus der Wissenschaft als auch der Praxis eingeladen. Rund 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erschienen, um an den diversen Workshops teilzunehmen. In ihrer Eröffnungsrede stellte Benita Ferrero-Waldner klar das neue Stabilitätsinstrument als innovativste Neuerung in Fragen der Krisenreaktion und Prävention heraus und verwies ebenso auf die aktive Rolle des Europäischen Parlamentes bei der Etablierung und Ausgestaltung dieses Instruments. Es wurde von den ersten Projekten wie etwa in Afghanistan oder im Tschad berichtet. Dabei wurde insbesondere deutlich, dass die Peacebuilding Partnership eine Maßnahme des Stabilitätsinstruments ist, die gerade NGOs – auch finanziell – anspricht und die bessere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft fördern will.²

Eines der Hauptanliegen der Peacebuilding Partnership ist die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in Fragen der Krisenvor- und -nachsorge sowie der Achtung der Menschenrechte. Dieses Instrument ist jedoch kaum bekannt.

Ich denke, dass es allerdings nun darauf ankommt, die Chancen zu nutzen und als europäi-

sche Kirchen gemeinsam – also in Zusammenarbeit mit den anderen, zum Teil friedenspolitisch hochkompetenten und engagierten europäischen Kirchen und im Kontext der Kommission Kirche und Gesellschaft der KEK – umzusetzen, was wir seit Jahren eingefordert haben: den Aufbau wirksamer nichtmilitärischer Mittel der Konfliktbearbeitung unter Beteiligung des know how der Kirchen.

Die Kommission Kirche und Gesellschaft der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) beriet im Mai 2006 in Sigtuna über das Thema Kirchen und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die EKD-Synode 2006 nahm das Anliegen im November auf und verabschiedete – wie eben schon erwähnt – einen entsprechenden Beschluss:

»I. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bekräftigt ihr Engagement für die Gestaltung eines gerechten, friedlichen und solidarischen Europas. Sie wird auch weiterhin in ihrer theologischen Arbeit wie in ihrem konkreten Engagement nach Kräften dazu beitragen.

Die europäischen Kirchen in der Kommission Kirche und Gesellschaft der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) haben am 3. Mai 2006 in Sigtuna/Schweden die Einrichtung geeigneter europäischer Instrumente gefordert, um die Forschung und aktive Einmischung in Konfliktprävention und die friedliche Lösung von Konflikten voranzutreiben. Diese sollen im Verbund mit nationalen Instituten der Konflikt-, Präventions- und Friedensforschung die zivile Krisenbewältigung koordinieren, fördern und sichtbar machen, und so das in der EU dafür vorhandene Potential effizienter nutzen.

Dazu wollen die Kirchen ihre eigenen Erfahrungen mit Versöhnung und Heilung von Erinnerungen (healing of memories) in verschiedenen Regionen Europas vernetzen, als politisches Potential einbringen und beharrlich fortsetzen.

Sie wollen von Friedenskirchen und Kommunitäten, christlichen Netzwerken und Trägerorganisationen ziviler Friedensdienste, die über lange Zeit das christliche Friedenszeugnis konsequent leben, die Friedensdienste entwickelt haben und Experten in gewaltfreier Konfliktlösung sind, lernen und mit ihnen intensiv zusammen arbeiten.

Sie haben sich ebenfalls verabredet, die ökumenische Reflexion darüber, welches Verständnis von menschlicher Sicherheit und Verletzbarkeit aus dem Glauben an Jesus Christus erwächst, zu vertie-

fen und in die öffentliche Debatte einzubringen – auch und gerade angesichts der Erfahrungen mit Terror und den Ängsten davor.

Ebenso wurde deutlich, dass in einer Zeit, in der Religion immer wieder als Konfliktursache wahrgenommen wird, die Kirchen ihre Erfahrungen und Kompetenzen im Bereich Konfliktvorbeugung und Mediation über religiöse, kulturelle und ethnische Grenzen hinweg einbringen und ausbauen müssen.

II. 1. Die Synode stellt fest:

Aufgrund der Vielschichtigkeit heutiger Konflikte müssen alle Politikbereiche der Europäischen Union unter dem Aspekt überprüft werden, welche Bedeutung sie für ein integriertes Konzept der Krisenprävention und -bewältigung haben. Die Unabhängigkeit ziviler von militärischen Mitteln sowie zugleich eine Kohärenz der Instrumente zur Krisenbewältigung ist sicherzustellen.

Die Synode begrüßt, dass die EU Schritte unternommen hat, um die gemeinschaftliche Außenpolitik auf eine neue Grundlage zu stellen, darunter erstmals eine Peace Building Partnership zwischen der Kommission und zivilgesellschaftlichen Akteuren der Friedensarbeit. Die EU hat bisher jedoch nicht alle Möglichkeiten der zivilen Krisenvorsorge und -bearbeitung ausgeschöpft.

Die Synode unterstreicht die Ergebnisse von Sigtuna. Angesichts des Aufbaus einer 'Europäischen Verteidigungsagentur' zur Koordinierung der militärischen Mittel fordert sie die Europäische Kommission auf:

- den Aufbau und die Institutionalisierung eines effektiven Instruments zur Koordinierung der zivilen Mittel zügig voranzutreiben. Damit kann die EU zu einem zentralen Akteur europäischer und weltweiter Sicherheitspolitik werden und mit zivilen Mitteln und im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffes ressortübergreifend nachhaltige Entwicklungen fördern.

- eine Pilotstudie zum Europäischen Zivilen Friedenskorps auf der Grundlage der dafür vorliegenden Machbarkeitsstudie vom November 2005 zu veranlassen.

Eine Reihe landeskirchlicher Synoden (z.B. Lippische Landeskirche, Synode der Kirchenprovinz Sachsen, Württembergische Landeskirche) haben den Beschluss der EKD-Synode aufgenommen, zum Teil modifiziert oder verstärkt.

Bei der bundesweiten ökumenischen Tagung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) zur Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung haben sich in der Evangelischen Akademie Loccum vom 4. bis 6. Dezember 2006 insgesamt 150 Vertreter und Vertreterinnen der Basisgruppen und Kirchen aus Deutschland und Gäste aus Europa getroffen und formulierten:

Um das in der Charta Oecumenica benannte Ziel einer »Friedensordnung auf der Grundlage gewaltfreier Konfliktlösungen« zu erreichen, sehen wir die Notwendigkeit, das in der europäischen Sicherheitsstrategie verwendete Verständnis von Sicherheit kritisch zu befragen.

Handlungsempfehlung

Wir empfehlen den Kirchen und Gemeinden,

- die ökumenische Reflexion darüber, welches Verständnis von menschlicher Sicherheit und Verletzbarkeit aus dem Glauben an Jesus Christus erwächst, zu vertiefen und in die öffentliche Debatte einzubringen,

- sich bei der Europäischen Kommission für den Aufbau und die Institutionalisierung eines effektiven Instruments zur Koordinierung ziviler Mittel der Konfliktbearbeitung einzusetzen und Schritte zur Kernwaffenabrüstung einzuleiten,

- sich für die Stärkung internationaler Institutionen einzusetzen, die dazu beitragen, Krisen vorzubeugen und in Konflikten zu vermitteln,

- der europäischen Sicherheitsstrategie in Bezug auf Bestrebungen zur Absicherung politischer Einflussbereiche entgegen zu treten,

- es als ihre Aufgabe anzusehen, einen Beitrag zu langfristigen Friedensprozessen im Sinne von Armutsbekämpfung, sozialer Entwicklung und Bewahrung der Schöpfung zu leisten.«

Diese Empfehlungen wurden nach Hermannstadt/Sibiu mitgenommen. Sie basieren auf den Erfahrungen und dem Engagement der vielen Menschen, die in Friedensdiensten, in Projekten, in Gruppen, in der politischen Arbeit auf nationaler und europäischer Ebene zur Versöhnung konkret beitragen wie auch derer, die sich dafür engagieren, dass die ‚vorrangige Option für die Gewaltfreiheit‘ endlich zur leitenden sicherheitspolitischen Maxime wird. Zum Abschluss der ökumenischen Versammlung in Wittenberg wurde die Phase der weltweiten Dekade

zur Überwindung von Gewalt eröffnet, in der Europa und die Verantwortung Europas für die Überwindung von Gewalt im eigenen Kontext wie in anderen Regionen der Erde im Zentrum steht. So greifen die ökumenischen und politischen, die europäischen und die weltweiten Entwicklungen ineinander, sind nicht voneinander zu isolieren und fordern uns als Kirchen heraus.

Die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu/ Rumänien – also die Versammlung von 104 anglikanischen, protestantischen und orthodoxen Kirchen und den europäischen katholischen Bischofskonferenzen – sagt in ihrer Schlussbotschaft:

„Das Wort Gottes fordert uns auf, nicht das wertvolle Erbe jener zu verschwenden, die sich in den vergangenen sechzig Jahren für Frieden und Einheit in Europa eingesetzt haben. Der Friede ist ein grossartiges und wertvolles Geschenk. Ganze Länder sehnen sich nach Frieden, ganze Völker warten darauf, von Gewalt und Terror befreit zu werden. Nachdrücklich verpflichten wir uns zu erneuerten Bemühungen auf dieses Ziel zu. Wir lehnen Krieg als Instrument zur Konfliktlösung ab, fördern gewaltfreie Mittel zur Schlichtung von Konflikten und sind besorgt angesichts der militärischen Wiederaufrüstung. Gewalt und Terrorismus im Namen der Religion widersprechen der Religion.“

Das Licht Christi scheint auf die »Gerechtigkeit« und verbindet sie mit der göttlichen Barmherzigkeit. So erleuchtet, lässt es keinen doppeldeutigen Anspruch zu. Überall auf der ganzen Welt und in Europa führt der gegenwärtige Prozess einer radikalen Globalisierung der Märkte dazu, dass die Spaltung der menschlichen Gesellschaft in Sieger und Verlierer noch grösser wird, der Wert von unzähligen Menschen nicht geschätzt wird, und die katastrophalen Auswirkungen auf die Umwelt, vor allem der Klimawandel, mit der Sorge um die Zukunft unseres Planeten nicht vereinbar sind.

Empfehlung VII: Wir fordern alle europäischen Christen dringend dazu auf, die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen als einen dringenden praktischen Schritt zur Bekämpfung der Armut mit allen Kräften zu unterstützen.

Empfehlung VIII: Wir empfehlen, dass CCEE und KEK zusammen mit den Kirchen in Europa und mit den Kirchen der anderen Kontinente einen konsultativen Prozess beginnen, der sich mit der

Verantwortung Europas für ökologische Gerechtigkeit angesichts des Klimawandels, für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung, für die Rechte der Roma und anderer ethnischer Minderheiten befasst.

Wir erkennen heute mehr als je zuvor, dass Afrika als Kontinent, der mit unserer eigenen Geschichte und Zukunft eng verbunden ist, jetzt in einer solchen Armut lebt, die uns nicht gleichgültig und passiv lassen sollte. Die Wunden Afrikas sind unserer Versammlung zu Herzen gegangen.

Dies als Ausschnitt aus den europäischen Diskussionen, wie sie im Rahmen der Konferenz Europäischer Kirchen, immer wieder herausgefordert durch die Gruppen im Konziliaren Prozess und insbesondere Netzwerke wie Church and Peace, geführt werden. Die Synode der EKD hat vor zwei Wochen die Botschaft von Sibiu unterstützt und sich zur Umsetzung dieser Empfehlungen verpflichtet.

In der letzten Woche haben der Zentralkommission der KEK und die Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) beschlossen, eine gemeinsame Struktur zu bilden, so dass klar wird, dass auch das Thema Migration, ein zutiefst friedenspolitisch relevantes Thema, mitten in das Zentrum der Kirche gehört – als geistliche Herausforderung, als ekklesiologische Anfrage und als politisches Thema.

5. Einige Beispiele für zivile Konfliktbearbeitung und Gewalt überwindendes Engagement der Evangelischen Kirche in Deutschland

Wir haben von den Handlungsfeldern der verschiedenen kirchlichen Akteure in diesem Bereich gehört und davon, wie gut es ist, dass das Policy-Papier der AGDF konkrete Beispiele darstellt. An dieser Stelle möchte ich auf weitere Beispiele hinweisen, in denen die EKD sich friedenspolitisch und in ziviler Konfliktbearbeitung in den vergangenen Jahren eingesetzt hat.

1. Beispiel Sudan

Bekanntermaßen ist die Lage im Sudan seit Jahren von komplizierten und äußerst gewalttätigen und kriegerischen Auseinandersetzungen und Menschenrechtsverletzungen geprägt. Ca. 200.000 Menschen sind den bisherigen Bürgerkriegen zum Opfer gefallen, Millionen Men-

schen wurden zu Flüchtlingen, deren Lage immer noch sehr bedrohlich ist. Das Afrikareferat der EKD setzte sich seit einigen Jahren – gemeinsam mit anderen Akteuren aus den Entwicklungs- und Missionswerken – mit Nachdruck dafür ein, die Friedens- und Versöhnungsarbeit der kirchlichen Partner – vor allem des Sudanesischen Kirchenrates – zu stärken. So findet z.B. seit vielen Jahren einmal jährlich in Deutschland eine Sudantagung statt, zu der auch Vertreter der verschiedenen Konfliktparteien im Sudan auf quasi »neutralen« Boden eingeladen werden und zu der tatsächlich auch Vertreter verschiedener Konfliktparteien aus dem Sudan anreisen und diese Gelegenheit für Gespräche nutzen, die so im Sudan nicht möglich wären. 2003 fand eine Reise des Rates der EKD in den Sudan statt, die u. a. zur Folge hatte, die Lage im Sudan durch die Berufung eines eigenen Sudanbeauftragten noch intensiver zu verfolgen und die Friedensanstrengungen der kirchlichen Partner noch intensiver zu begleiten. 2006 wurde das Ratsmitglied Superintendent i.R. Dr. Noltensmeier zum Sudanbeauftragten des Rates der EKD ernannt. In der kurzen Zeit seiner Tätigkeit hat Dr. Noltensmeier sich so viel Vertrauen erworben, dass er kürzlich zum Vorsitzenden des sudanesischen ökumenischen Forums ernannt wurde. Außerdem hat auf seine und die Initiative des Afrikareferates hin und mit Einbeziehung der Sudanexperten der Entwicklungs- und Missionswerke der Rat der EKD im Juni eine Erklärung zum Sudan veröffentlicht, in der allen Rufen nach schnellen militärischen Interventionen eine Absage erteilt wurde und für einen nachhaltigen Friedens- und Versöhnungsprozess sowie eine Abstimmung der Politik der EU, der USA und der UN gegenüber dem Sudan geworben wurde. Diese Erklärung sowie einen ausführlicheren Text mit Hintergrundinformationen finden Sie auf der Web-Site der EKD.

2. Beispiel Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit in Südafrika und Namibia

Seit einigen Jahren gibt es Initiativen der VEM und der rheinischen Kirchen zur Aufarbeitung der Rolle der Kirchen und Missionswerke im kolonialen südlichen Afrika.

In diesem Jahr konnten die Verhandlungen zwischen den Initiatoren und der EKD so weit geführt werden, dass der Rat der EKD einen Beschluss gefasst hat, gemeinsam mit einigen Landeskirchen und Missionswerken aus Deutschland und den lutherischen Kirchen in Südafrika und Namibia einen wissenschaftlichen Studien-

prozess durchzuführen, in dem die Rolle der Kirchen und Missionswerke im kolonialen System Ende des 18. und Anfang des 19. Jh. mit Hilfe von historischen Forschungen untersucht wird. Die beteiligten Kirchen und Missionswerke haben im Rahmen einer kürzlich stattgefundenen Impulstagung als Mitträger dieses Studienprozesses in großer Einmütigkeit Einzelheiten zur Zielsetzung und Durchführung beschlossen. Die EKD trägt die Hälfte der Kosten für diesen Studienprozess. Die Erklärung der Mitträger des Prozesses kann ebenfalls auf der EKD Homepage nachgelesen werden (s. Anhang II).

In dem Programm der Tagung heißt es, dass die beteiligten Kirchen sich erhoffen, dass

»[...] die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit allen Beteiligten hilft, als Kirche Jesu Christi Vergangenes besser zu verstehen, Schuld zu erkennen, Vergebung zu erbitten und zu gewähren, Wunden zu heilen und als Kirche mit neuer Perspektive die Herausforderungen der Gegenwart anzugehen«.

Wunden heilen – Healing Memories – das ist eine originäre Aufgabe der Kirchen in Europa und weltweit. Ein anderes Beispiel dafür:

3. Beispiel Serbien: Das Versöhnungsprojekt zwischen den Kirchen in Serbien und in Deutschland

In Kapitel III, 7. der Charta Oecumenica heißt es: Wir verpflichten uns, jedem Versuch zu widerstehen, Religion und Kirche für ethnische oder nationalistische Zwecke zu missbrauchen.

Und in Kapitel III, 8.: Die Vielfalt der regionalen, nationalen, kulturellen und religiösen Traditionen betrachten wir als Reichtum Europas. Angesichts zahlreicher Konflikte ist es Aufgabe der Kirchen, miteinander den Dienst der Versöhnung auch für Völker und Kulturen wahrzunehmen. Wir wissen, dass der Friede zwischen den Kirchen dafür eine ebenso wichtige Voraussetzung ist.

Wir verpflichten uns, jeder Form von Nationalismus entgegenzutreten, die zur Unterdrückung anderer Völker und nationaler Minderheiten führt und uns für gewaltfreie Lösungen einzusetzen.

In dem Versöhnungsprojekt zur Unterstützung eines friedlichen Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft in Serbien kooperiert die Serbisch

Orthodoxe Kirche Diözese Mitteleuropa (SOK) in Deutschland federführend mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und den Kirchen in Serbien. In einer jährlichen Tagungsserie seit 1999 werden Erfahrungen mit dem Dialog zwischen Kirche und Staat aus Deutschland nach Serbien weitergegeben. Umgekehrt werden in Deutschland aktuelle Entwicklungen und geschichtliche, religiöse und geistesgeschichtliche Hintergründe dieser konflikt-trächtigen Region gesichtet und gedeutet. Und nicht zuletzt: wir beten miteinander.

Die Reihe der Konsultationen ist aus einem Konflikt der EKD mit der Serbisch-Orthodoxen Kirche im Zusammenhang des Jugoslawien-Krieges entstanden. Die erste Tagung fand 1999 in Loccum statt. Die Tagungen dienen dazu, Gespräche zu ermöglichen über die Lage Serbiens im heutigen Europa und über die Rolle der Kirchen im Prozess der Versöhnung und Stabilisierung der Situation auf dem Balkan. Die Liste der Teilnehmenden enthält führende Persönlichkeiten des kirchlichen, öffentlichen und politischen Lebens, sowie Fachleute aus Kirche und Politik aus Deutschland und Serbien.

Deutlich wurde von Anfang an, dass angesichts der weiterhin gespannten Situation in der Region und der schwierigen Verquickung von Religion bzw. Konfession, Ethnie und Religion ein mühsamer, aber notwendiger Prozess eingeleitet werden musste, in dem sich Vertrauen bilden und das Bewusstsein für eine Kultur des Dialogs erst langsam entstehen konnte. Schnelle Erfolge können immer noch nicht erwartet werden.

Durch verschiedene Initiativen nahm eine Reihe junger Leute an der 7. Tagung im Jahr 2005 in Golubac, Serbien teil. So gab es während dieser Tagung auf dem Podium eine bewegende Begegnung von Opfern beider Seiten des andauernden Kosovokonfliktes. Es wurde möglich, dass junge Menschen aus dem Kosovo – Albaner und Serben – und aus Serbien, einander ihre schweren Erfahrungen und Verletzungen mitteilten und nach einigen Widerständen auch einander zuhörten.

2007 haben wir zu einem Workshop zum Thema »Gewaltfreie Konfliktbewältigung« mit Studierenden aus Belgrad, Pristina und deutschen Universitäten zum Thema »Meine Zukunft – Deine Zukunft – Unsere Zukunft« nach Berlin eingeladen.

Mit dieser Tagung wurde ein Vorschlag junger Teilnehmender auf der Dialogtagung im Vorjahr in Serbien aufgenommen. Der Dialog zwischen den ethnischen Gruppierungen der Serben und Kosovaren ist nach wie vor nicht selbstverständlich. Versöhnung und Frieden kann nur in einem langen Prozess auch durch Aufarbeitung der leidvollen Geschichte der Region erreicht werden. Ein Baustein in diesem Prozess kann die Verständigung unter jungen Eliten sein. Dazu sollte dieser Workshop beitragen. Ziel war es, sich anhand der eigenen Biographien religiöse, politische und ethnische Konflikte behutsam bewusst zu machen und von hier aus gemeinsam nach gewaltfreien Lösungen zu suchen.

Die Methoden des Seminars waren vielfältig: Unter der Leitung von Mediatoren des Ökumenischen Dienstes / Schalomdiakonats, Roswitha und Peter Jarmann, wurde die gewaltfreie Konfliktbewältigung geübt.

Der Experte für die serbische Orthodoxie und Direktor des Ökumenischen Instituts der Universität Münster, Professor Thomas Bremer, sprach mit den Studierenden über Aspekte von Religion, Politik und Kultur in Serbien, mit besonderer Berücksichtigung des Kosovo. Doris Pack, Mitglied des Europäischen Parlamentes aus Saarbrücken und Professorin Christiane Lemke aus Hannover diskutierten mit den Teilnehmenden über die Zukunft der Region im europäischen Kontext. Ein Besuch beim Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union veranschaulichte die Beziehungen von Kirche und Staat in Deutschland.

Ein Ergebnis des Workshops war ein hoffentlich tragfähiges Netz an – Konfessionen und Ethnien überschreitenden – Freundschaften. Voller Freude haben wir gehört, dass die Teilnehmenden in diesem Sommer im Kosovo selbst einen ähnlichen Workshop organisiert haben.

Für 2008 ist ein Workshop für junge christliche und muslimische Regionslehrerinnen und -lehrer in Serbien geplant.

6. Vor welchen Anforderungen stehen wir als Kirchen?

Ich nenne zusammenfassend folgende Stichworte:
die weiterführende vertiefte theologische Arbeit die Entwicklung einer ökumenischen Spiritualität

alles, was zur Vertrauensbildung beiträgt
 die Stärkung der Zusammenarbeit auf europäischer und weltweiter Ebene
 die kompetente Einmischung in die politischen Debatten auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene
 die Wahrnehmung jeder Chance zu konkretem solidarischem Handeln.

Die neue Friedensdenkschrift beginnt mit dem Satz: »Friede ist keine Selbstverständlichkeit. Ihn zu wahren, zu fördern und zu erneuern, ist eine immerwährende Aufgabe.« Ich füge den Satz hinzu: Gewaltfreiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Für sie einzutreten und sie zu verwirklichen und zu konkretisieren, ist eine immerwährende Aufgabe. Zu dieser Aufgabe trägt unsere

Arbeitsgruppenberichte

»Ökumenischer Dialog zur Zivilen Konflikttransformation mit Partnern im Süden und Osten« / Bericht von Hagen Berndt und Bernd Rieche

In der Arbeitsgruppe zum Thema »Ökumenischer Dialog zur Zivilen Konflikttransformation mit Partnern im Süden und Osten« wurde der Beitrag von Antje Heider-Rottwillm vertieft. An diesem Gespräch waren elf Vertreterinnen und Vertreter der kirchlichen Basis und kirchlichen Werke beteiligt. Bereits in der Vorstellungsrunde wurde die Vielfalt an Erfahrungen mit ökumenischen Begegnungen nach Süd und Ost und die Stärke für Friedenshandeln die darin liegt, deutlich.

Folgende Erwartungen und Wünsche wurden an die eigenen Institutionen formuliert:

- voneinander Lernen zwischen Nord und Süd und Ost und West. Es geht dabei um das gemeinsame ökumenische Lernen in der konkreten Friedensarbeit.
- Wir sollten auch bei nachlassenden Medieninteresse, die Nachkriegsgesellschaften im Blick behalten, zum Beispiel Bosnien, wo die Lage der Menschen nach wie vor schwierig ist.
- Europa ist mehr als die EU, daher sollten wir die europäischen, nicht EU-Länder stärker in den Blick nehmen.
- Wir sollten Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern suchen, diese suchen sogar oft das Gespräch mit Kirche, sei es aus eigener Zugehörigkeit oder weil von Kirche die Verbindung zur Basis vorausgesetzt werden kann.

Konsultation bei. Ich wünsche Ihnen und uns gemeinsam konkrete weiter führende Schritte unter Gottes Segen!

Anmerkungen:

¹ VULNERABILITY AND SECURITY

Current challenges in security policy from an ethical and theological perspective

Prepared by the Commission on International Affairs in Church of Norway Council on Ecumenical and International Relations, 2000

² http://ec.europa.eu/external_relations/news/pbp.htm

<https://webgate.ec.europa.eu/tariqa/PeaceBuilding/conference.html>

<http://www.nonviolentpeaceforce.org/>



- Es sollte Schulungen in Lobbyarbeit geben.
- Es sollte mehr Kooperation und damit Arbeitsteilung zwischen den Akteuren geben durch gemeinsame Strategien, dies beinhaltet:

- a) die gegenseitige Wahrnehmung der verschiedenen Organisationen und Arbeitsbereiche stärken
- b) Vernetzung verstärken und strukturelle Verbindung schaffen, dies könnte geschehen durch die AGDF, die sich in Gründung befindliche Konferenz für Friedensarbeit der EKD oder neue Kommissionen.
- c) an wenigen, ausgewählten, zentralen Themen zielgerichtet und konzentriert zusammenarbeiten oder in bestimmten praktischen Projekten
- d) Räume und konkrete Orte für Begegnung / Kooperation schaffen

Für die europäische Politik wird gewünscht und erwartet, dass es Gespräche zu Friedenthemen gibt. Dabei sollte verstärkt die Sichtweise der lokalen Akteure aus Krisenländern in die EU Peace-Building-Prozesse eingebracht werden.

Wir sollten dabei die kirchliche Identität offen nutzen. Eine Verknüpfung mit der Konferenz der europäischen Kirche (KEK) ermöglicht das gemeinsame ökumenische Handeln auf europäischer Ebene.

»Erwartungen und Forderungen an die Politik zur Stärkung der zivilen Option« – Einführung von Horst Scheffler / Bericht von Jan Gildermeister

Einführung / Leitfragen:

Wie können wir zu einer Stärkung der zivilen Mittel gelangen, ohne dass die politische Debatte immer wieder in der Rechtfertigung militärischer Mittel als »ultima ratio« mündet?

Wie können wir mit Blick auf nachhaltige Regelungen für Frieden und Menschenrechte den Vorrang für zivile Methoden politisch und strategisch erreichen?

Welche konkreten Forderungen sind an die Berliner und Brüsseler Politik zu stellen?

1. Auch wenn in den Friedensgruppen diese Einschätzung des Militärs nicht geteilt wird, ist zunächst einmal festzustellen: Im öffentlichen Bewusstsein hat das Militär nach wie vor eine vorrangige Position im sicherheitspolitischen Denken. Die aus mitteleuropäischer und vor allem aus deutscher Perspektive erfolgreiche atomare Strategie der Abschreckung mit dem Ziel der Kriegsverhütung führte zum Ende des Ost-West-Konflikts und des Kalten Krieges sowie zur politischen Neuordnung Europas und zur Einheit Deutschlands. Diese Bewertung ist in der Mehrheit der Bevölkerung, besonders aber bei den eher konservativen Menschen, weit verbreitet, letztlich in den Parteien und gesellschaftlichen Verbänden und Gruppen, die die Politik bestimmen und die veröffentlichte und öffentliche Meinung prägen. Da in Deutschland der militärische Kriegseinsatz zur Zeit nicht als militärisches Ziel der Bundeswehr genannt wird, erfahren die Streitkräfte eine hohe Akzeptanz im öffentlichen Meinungsbild. Soldaten werden als Helfer, Retter und Beschützer in humanitären Interventionen gesehen. Das Leitbild ist der miles protector. Einsatz von Militär als »ultima ratio«, der durchaus auch robust ausfallen kann, wird mehrheitlich akzeptiert. Um diese Bewertung zu erhalten, werden Einsatzschäden wie Verwundung und Tod öffentlich kaum bekannt gemacht.

Zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung dagegen ist in der Öffentlichkeit nur wenig bekannt. Deshalb werden ihr auch keine Erfolge zugetraut. Dabei gelang ihr gerade in Deutschland durch die gewaltfreie Revolution im Jahr 1989 in der DDR ein auffälliger Erfolg.

Als Konsequenzen schlage ich vor:

- Die Friedensgruppen müssen das vorhandene Meinungsbild in der Bevölkerung ernst nehmen. Sonst gelingt es nicht, die gegensätzliche eigene Sicht zu vermitteln.

- Über die tatsächlichen Erfolge ziviler und gewaltfreier Konfliktbearbeitung muss offensiv berichtet werden. Selbst an Friedensarbeit interessierte Menschen

kennen häufig weder Freiwilligendienste, Friedensdienste und Friedensfachdienste.

- Am Leitbild »zivil statt militärisch« ist weiterzuarbeiten.

2. Dass Frieden ein Prozess und ein Mehrebenenproblem sei, ist ein gängiger Terminus der frühen Friedensforschung¹. Das Prozessdenken und die Differenzierung des Friedensprozesses auf unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Ebenen könnten helfen, den Vorrang und den Erfolg ziviler und gewaltfreier Methoden der Konfliktbearbeitung öffentlich und plausibel zu machen. Denn die meisten Menschen anerkennen die gewaltfreie Konfliktlösung zur Bewältigung privater, persönlicher und familiärer Probleme. Gewaltanwendung auf dieser Ebene, evtl. sogar mit Einsatz von Waffen, wird polizeilich und juristisch verfolgt. Tatsächlich gelingt es auch meistens, hier vorhandene Konflikte gewaltfrei – umgangssprachlich »friedlich« – zu lösen.

Auf der gesellschaftlichen Ebene wird der Einsatz der bewaffneten Gewalt u. U. legitimiert und erwartet, etwa bei Krawallen anlässlich von Sportveranstaltungen. Doch auch hier gibt es mannigfache Erfahrungen ziviler und gewaltfreier Konfliktpräventionen und Konfliktlösungen, etwa durch die Fanbeauftragten der Fanclubs im Fußball. Auf diesem weiten Feld zumeist erfolgreicher ziviler und gewaltfreier Krisenprävention und Konfliktbearbeitung können weitere Erfahrungen gemacht und Strategien erprobt werden. Deren öffentliche Wirksamkeit dürfte Vorbehalte gegen die Erfolgsaussichten gewaltfreier in der öffentlichen Meinung mindern.

Einen entscheidenden Bereich im Erlernen von Strategien gewaltfreier Konfliktlösungen bietet die Erziehung in Familie, Kindergarten und Schule. Hier kann bei den heute durchaus vorhandenen Erfolgen gewaltfreier Pädagogik angesetzt werden, die Gewaltfreiheit zu einem lebenslangen Lernprogramm zu entwickeln. Allerdings sind Erziehungsmuster, die Sätzen wie »Eine Tracht Prügel hat noch niemandem geschadet« oder »Ein Schlag auf den Hinterkopf erhöht das Denkvermögen« folgen, noch weit verbreitet. Der biblische Satz »Wer seinen Sohn liebt, züchtigt ihn« (Sprüche 13,24) steht für eine lange Tradition gewaltbereiter Erziehung auch in der christlichen Kirche. Gewaltbereite Erziehung ist auch immer Erziehung zur Gewalt. Nachhaltige Regelungen für Frieden und Menschenrechte können nur erzielt werden, wenn der Teufelskreis gewaltbereiter Pädagogik dauerhaft durchbrochen und beendet wird. Menschen aus anderen Kultu-

ren und Religionen sind zu gewinnen und einzubinden.

3. Konkrete Forderungen an die Berliner und Brüsseler Politik:

Bisher hat das Militär in der Politik immer noch eine hochrangige symbolische Bedeutung. Bei Staatsbesuchen werden die ausländischen Gäste mit militärischen Ehren empfangen. Der gastgebende Staat präsentiert sich dabei militärisch. Wann präsentiert sich erstmals bei solch einem Anlass der gastgebende Staat echt zivil? Wie müsste ein Staatsempfang, der dem Leitbild »zivil statt militärisch« folgt, aussehen?

Solange das Militär eine so hohe symbolische Wertigkeit hat, werden Forderungen an die Politik von dieser nur schwer erfüllt werden. Dennoch ist zu fordern:

- Das Missverhältnis der finanziellen Ressourcen zu Lasten der zivilen und gewaltfreien Konfliktlösung ist aufzuheben. Gewaltfreie Strategien benötigen eine solide Finanzierung.
- Bisherige Erfolge gewaltfreier Konfliktlösungen sind auch von der Politik auszuwerten, um die gewaltfreien Strategien weiter zu entwickeln.
- So wichtig das Engagement junger Menschen in freiwilligen Friedensdiensten ist, die gewaltfreie Konfliktstrategie wird erst dann umfassend und nachhaltig wirksam sein, wenn sie in konkrete Berufen von Frauen und Männern umgesetzt wird. Der Friedensfachdienst muss zu einem selbstverständlichen Beruf entwickelt werden. Hierzu muss die Finanzierung gesichert sein.
- Obwohl diese Forderung den Ansatz einer gewaltfreien Konfliktlösung überschreitet, sei abschließend darauf verwiesen, dass für den Grenzfall von notwendiger Gewaltanwendung diese auch nur zivil statt militärisch zu legitimieren ist. Auch für den über die nationalen Grenzen hinaus reichenden Einsatz bewaffneter Gewalt ist eine zivile und damit polizeiliche Regelung zu fordern. Der Einsatz solcher internationalen Polizeigewalt hat deeskalierend zu erfolgen nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der Güterabwägung und der rechtsstaatlichen Überprüfbarkeit.

Bericht aus der Diskussion in der Arbeitsgruppe:

An der AG waren 15 Leute aus verschiedenen Feldern kirchlicher Friedensarbeit und von Friedensdiensten beteiligt. Nach dem Input von Horst Scheffler entspannt sich eine angeregte Diskussion, in der u.a. die folgenden Aspekte angesprochen wurden.

Als Erwartungen/ Forderungen an die Politik wurden benannt:

- Der Einsatz für die Nichtverbreitung und Abschaffung von Atomwaffen – auch in Deutschland
- Die Transformation von Militär zu ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB), konkret:
 - Eine Beendigung des Ungleichgewichts der finanziellen Ressourcen. Hier wurde vorgeschlagen, dass die Bundesregierung detailliert benennen soll, was für ZKB im Haushalt vorgesehen ist. Politiker/innen sollen befragt werden, ob sie das jetzige Gewicht richtig finden. Zu klären wäre die Frage, was als Ausgaben der ZKB zu zählen sind.
 - Aufbau von Polizeieinheiten für Auslandseinsätze
 - Evaluation von militärischen Interventionen (analog zu ZKB-Projekten)
 - Eine systematische, am Vorrang ziviler Mittel orientierte deutsche Sicherheitspolitik
 - Eine umfassende Analyse des Afghanistan-Konfliktes, was die Möglichkeit gibt, alternative Handlungsstrategien aufgrund anderer Ländererfahrungen vorzuschlagen.
 - Ein Frühwarnsystem, an dem neben staatlichen Institutionen auch zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt sind.
 - Reduzierung von Rüstungsexporten und Rüstungskonversion

Als Erwartungen an Kirche wurden genannt:

- Aufbau einer »Gemeinsamen Konferenz Kirche und Frieden« (analog zur GKKE), die auf Ressourcen zurückgreifen kann, um Politik über gewaltfreie Strategien zu akuten Konflikten beraten zu können.
- Den Dialog mit Kirchen in anderen Ländern fortführen, die nicht unsere Position vom Vorrang für Gewaltfreiheit teilen und evtl. sogar Gewalt fördernd agieren.

Als weitere Themen wurden u.a. angesprochen:

- Die Wirtschaftsinteressen an militärischen Einsätzen und an Rüstungsproduktion und Handel
- Es bräuchte Strukturen für ZKB auf Ebene der deutschen und europäischen Verwaltung
- Die Peacebuilding Commission der UN sollte unterstützt werden.

Anmerkung:

¹ Georg Picht, Wolfgang Huber, Gerhard Liedke. u.a. in W. Huber, G. Picht (Hg.): Was heißt Friedensforschung? Stuttgart/München 1971.

»Grenzen von Interventionen« / Bericht von Jochen Neumann

Erfahrungsgemäß sind sowohl zivile als auch militärische Interventionen nicht immer sinnvoll und nicht immer erfolgreich. Manchmal werden durch Interventionen die Konflikte sogar noch verschärft. Kriterien und Instrumente zur Beurteilung einer Konfliktsituation und zur Abwägung möglicher Interventionen brauchen kontinuierliche Reflexion und praxisorientierte Aktualisierung.

Leitfragen der Arbeitsgruppe:

- Woran werden Erfolge und Misserfolge ziviler Konfliktbearbeitung gemessen und wie werden Erfahrungen für die Weiterentwicklung von Methoden genutzt? Was brauchen wir an weiterer konzeptioneller Arbeit?
- Wie kommen wir zu einer nüchternen und sachgemäßen Beurteilung der Erfolgchancen von Interventionen in Konfliktgebieten? Wie können wir die Grenzen unserer Einflussmöglichkeiten erkennen?
- Welche Rolle spielen lokale Akteure bei der Bewältigung von Krisen und wie können sie gestärkt werden?
- Wie können Evaluationskriterien für militärische und zivile Einsätze entwickelt und angewandt werden? Können Prinzipien und Methoden wie »do no harm« auch für militärische Einsätze gelten?
- Können Aufwand und Nutzen von zivilen und militärischen Mitteln verglichen werden?

Zu Beginn der Arbeitsgruppe berichtete Shecku Kawusu Mansaray, Executive Secretary, Sierra Leone Adult Education Association (SLADEA) aus Freetown über weitere Details des Konfliktes in Sierra Leone. Bereits am Vormittag benannte er in seinem Referat Stärken und Schwächen des ausländischen Eingreifens in Krisensituationen und zog das Fazit: »Es gibt keine Alternative zur zivilen Friedensförderung. Andere Formen des Eingreifens berücksichtigen die menschlichen Faktoren zu wenig und wirken nur vorübergehend.« So konstatierte er, dass die militärische Intervention der ECOWAS das Land nur kurzfristig beruhigen konnte. Nach dem Abzug brach die Gewalt erneut aus. Erst im Rahmen der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Lomé konnte ein umfassender Friedensprozess gestartet werden, der auch durch zivilgesellschaftliche Akteure mit getragen wurde.

Als förderliche Rahmenbedingungen für diesen Verhandlungserfolg nannte er u.a. die internationale Ächtung des Handels mit Blutdiamanten durch den Kimberley-Vertrag.

Anhand des konkreten Fallbeispiels Sierra Leone, aber auch auf der Basis der Erfahrungen und Berichte der anderen Arbeitsgruppenmitglieder wurden einige wichtige Aspekte von Interventionen und ihrer Grenzen erörtert.

Mit Blick auf die **Politik** wurde gefordert:

- Die Ziele von Interventionen müssen klar definiert werden!

Was soll mit der Intervention erreicht werden – kurz- und langfristig?

- Interventionen müssen auf einer soliden Situationsanalyse basieren!

Welche Akteure sind an diesem Konflikt beteiligt und wie stehen sie zueinander in Beziehung? Wie wird die eigene Rolle definiert – in der Innen- und Außenwahrnehmung?

- Adäquate Interventionsformen und die Grenzen des Engagements müssen vor dem Beginn der Intervention geklärt werden!

Welche Instrumente sind angemessen und stehen zur Verfügung? Welche Entwicklungen sind grenzwertig für das eigene Engagement und welche ggf. relevanten Instrumente stehen nicht zur Verfügung?

- Als ein entscheidender Faktor auf politischer Ebene wurde die Bereitschaft der relevanten Akteure angesehen, sich auf einen Friedensprozess einzulassen. Diese Bereitschaft kann jedoch auch durch internen und externen Druck befördert werden.

Mit Blick auf die **Kirche** wurde gefordert:

- Die Kirche bzw. ihre lokalen und nationalen VertreterInnen können eine wichtige Rolle als Friedensmittler zum Beispiel durch die Initiierung und Gestaltung eines interreligiösen Dialogs spielen.

- Religiöse Führer auf lokaler und nationaler Ebene können wichtige **lokale Friedenskapazitäten** sein, die in den Friedensprozess besser eingebunden werden sollten. (Beispiel: Interreligious Council)

Mit Blick auf die eigene, **zivilgesellschaftliche Institution** wurde gefordert:

- Nebeneffekte von zivilen Interventionen müssen berücksichtigt und weitestgehend vermieden werden! Welchen Schaden kann gut gemeintes Engagement anrichten, wenn es ohne angemessene Situationsanalyse und Selbstreflexion erfolgt?

(Beispiel: Do no harm-Ansatz)

- Frauen und Opfer bzw. Überlebende der Gewalt sind wichtige **lokale Friedenskapazitäten**, die ebenfalls in den Friedensprozess besser eingebunden werden sollten.

Als entscheidende **Kriterien** für den Erfolg einer zivilgesellschaftlichen Intervention wurden u.a. festgehalten:

- »Ownership« des Prozesses muss bei den lokalen Kräften liegen!
- Intervenierende müssen sich mit hoher kultureller Sensibilität einbringen!

Zum Abschluss der Arbeitsgruppendifkussion wurde konstatiert, dass ein Paradigmenwechsel zu vollziehen sei: Von der Intervention als dritte Partei von außen, die Frieden »bringt«, hin zu einer Haltung der Prozessbegleitung (facilitation) der lokalen, bereits vorhandenen und zu bestärkenden Friedensinitiativen!**D**

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Aus dem Jahrgang 2007

47/07 – **EKD-Synode (1):** Bericht des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Berichte der Werke (Auszüge) – 72 Seiten / 5,40 €

47a/07 – **Ökumenischer Lagebericht 2007** – 24 Seiten / 3,40 €

48/07 – **EKD-Synode (2):** Texte zum Schwerpunktthema »evangelisch Kirche sein« – 28 Seiten / 3,40 €

49/07 – **EKD-Synode (3):** Beschlüsse, Haushalt, Predigten, Grußworte (Auswahl) – 44 Seiten / 4,60 €

50/07 – **Christus befreit – darum Kirche für andere!** (35 Jahre nach dem Vortrag von Heino Falcke vor der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR / Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen) – 68 Seiten / 5,40 €

51/07 – **Das Sterben leben – Entscheidungen am Lebensende aus evangelischer Perspektive** (Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund) – 28 Seiten / 3,40 €

52/07 – **50 Jahre Arnoldshainer Abendmahlsthesen** (Festakt von UEK, EKHN und Ev. Akademie Arnolds-hain) – 28 Seiten / 3,40 €

Jahrgang 2008

1/08 – GKKE: **Rüstungsexportbericht 2007** – 52 Seiten / 5,10 €

2/08 – **Gegen den Strom. Gewissensentscheidungen in der NS-Zeit und heute** (Tagung der Martin-Niemöller-Stiftung) – 68 Seiten / 5,40 €

3/08 – **Überlegungen zur Versachlichung der Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn** (Sozialausschuss der Evangelischen Kirche von Westfalen) – 16 Seiten / 2,60 €

4/08 – **Selbstkritische Betrachtungen zum jüdisch-christlichen Verhältnis** (Studententage des Thüringer Predigerseminars 1994-2006) – 32 Seiten / 4,10 €

5/08 – **»Lust auf Gemeinde«** (Erste Ideenmesse der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau) – 32 Seiten / 4,10 €

6/08 – **Kirche in der Stadt** (Texte der EKD-Konsultation Kirche und Stadt; Auszüge aus der EKD-Studie »Gott in der Stadt«) – 48 Seiten / 4,60 €

7/08 – **Stammzellforschung** (Tagung des Wiener Instituts für Ethik und Recht in der Medizin und der Bioethikkommission beim österreichischen Bundeskanzleramt) – 40 Seiten / 4,10 €

8-9/08 – **»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«** (Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung) – 76 Seiten / 5,90 €

8a/08 – **Wichernjahr 2008** (Ansprachen, Leitsätze zur Eröffnung des Wichernjahres) – 20 Seiten / 2,60 €

10/08 – **Religion – Konflikt – Frieden** (Beiträge zur Jahrestagung 2007 des Forschungsverbundes Religion und Konflikt) – 36 Seiten / 4,10 €

11/08 – **Religion im öffentlichen Raum** (Debatte über das Verhältnis von Religion und Politik aus Anlass des 70. Geburtstages von Konrad Raiser) – 32 Seiten / 4,10 €

12/08 – **Zentralausschuss 2008 des Weltkirchenrates** – 56 Seiten / 5,10 €

13/08 – **60 Jahre Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands** – 20 Seiten / 2,60 €

14/08 – **Vorrang für Gewaltfreiheit – Kirche als Akteur für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung** (Referate einer Konsultation der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden) – 36 Seiten / 4,10 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an: GEP-Vertrieb
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt,
Tel.: (069) 58 098-191.
Fax: (069) 58 098-226.
E-Mail: vertrieb@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 23,60 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 27,50 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format (Preis auf Anfrage). Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel-exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,30 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.